



# Freiheit und Gold

## Reale Werte für Österreich

**Herausgeber:**

**M. Haimbuchner, G. Deimek, F. Obermayr**

**Autor: W. Schwetz**



**FREIHEIT UND GOLD**



**FREIHEIT UND GOLD  
REALE WERTE FÜR ÖSTERREICH**

**HERAUSGEBER:** Manfred Haimbuchner, Gerhard  
Deimek, Franz Obermayr

**AUTOR:** Wolfgang Schwetz

Freiheit und Gold

ISBN 978-3-200-03479-2

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

FPÖ Bildungsinstitut

Friedrich Schmidt Platz 4/3a,

1080 Wien

Tel.: 01/512 35 35 - 0

Fax: 01/512 35 35 – 9

E-Mail: [bildungsinstitut@fpoe.at](mailto:bildungsinstitut@fpoe.at)

[www.fpoe-bildungsinstitut.at](http://www.fpoe-bildungsinstitut.at)

Erscheinungsjahr 2014

# Inhalt

Vorwort von FPÖ Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache	6
Vorwort von LR Dr. Manfred Haimbuchner	7
Vorwort von NAbg. Dipl.-Ing. Gerhard Deimek	9
Vorwort von MdEP Mag. Franz Obermayr	12
Teil I: Gold ist Geld	16
Kapitel I: Der Rohstoff des Geldes	16
Teil II: Gold als neuzeitliche Währung	19
Kapitel II: Der klassische Goldstandard	19
Kapitel III: Das abrupte Ende der goldenen onomie	24
Kapitel IV: Der Gold-Devisen-Standard	27
Kapitel V: Bretton Woods und das Smithsonian Agreement	31
Kapitel VI: 2008 – Anfang vom Ende der Papierwahrungen?	33
Teil III: Gold und die Politik	37
Kapitel VII: Karl Blessing und das deutsche Gold	37
Kapitel VIII: Goldverkäufe bewegen die Schweiz	47
Kapitel IX: Rettet unser sterreichisches Gold	55
Kapitel X: Die goldene Internationale	67
Kapitel XI: Interview mit Gerhard Deimek	70
Liste der Initiativen im sterreichischen Parlament	79
Literaturverzeichnis	82
Danksagung von Gerhard Deimek	91

## **Vorwort von FPÖ Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache**

Freiheit umfasst viele, nahezu unzählige Facetten. Die Europäische Union und ihre Instrumente schränken die Menschen immer weiter ein. Wir erleben wie der Wert unseres Geldes und damit der Lohn unserer Arbeit verwässert werden, um Visionen zu verwirklichen, die sich längst als Phantasien herausgestellt haben. Das vorliegende Buch zeigt einen Teilbereich der Demokratiekrise auf, unter welcher Österreich und seine Menschen durch das Verschulden der Regierungsparteien und höchster Ämterträger zu leiden haben.



Ich möchte Gerhard Deimek und Franz Obermayr an dieser Stelle für ihr Engagement danken. Sie fördern durch ihre parlamentarische Arbeit und dieses Buch die Geschehnisse und die lange Liste der Versäumnisse rund um unsere Goldreserven ans Tageslicht. Freiheit und Souveränität sind Werte, die nicht an Dritte abgegeben werden dürfen. Im Bereich der europäischen Währungspolitik offenbaren sich zahlreiche widersprüchliche Interessen zwischen den Mitgliedsstaaten des Euroraumes. Wir wollen die Interessen Österreichs und unseren Wohlstand vertreten und wahren. Die Goldreserven der Österreichischen Nationalbank sollen zu einem Garanten für die Souveränität und Selbstbestimmung unseres Landes in der Währungspolitik werden.

## **Vorwort von LR Dr. Manfred Haimbuchner**

Während durch die EU, die Finanzminister sowie die regierungsnahen Ökonomen an der Front der Schulden- und Eurokrise Entwarnung gegeben wird bzw. Entspannungssignale ausgesendet werden, blicken unabhängige Ökonomen sowie die Bürger mit Besorgnis in die Zukunft. Und dies zu Recht.

Die scheinbare Entspannung der Eurokrise ist lediglich Teil eines Öffentlichkeitsarbeits-Feldzuges, der der Bevölkerung vorgaukeln soll, dass die Rettungsmaßnahmen wirken würden und die Milliarden an Steuergeldern, die Richtung Südländer, vor allem nach Griechenland, geflossen sind, nicht verloren wären. Dieser Deckmantel der Entspannung wird durch eine Niedrigstzinspolitik der EZB, also durch eine Flutung der Märkte mit billigem Geld, erreicht. So können auf eine unspektakuläre Art und Weise die Rettungspolitik und die Vergemeinschaftung der Schulden, also der europäische Schuldensozialismus, fortgesetzt werden. Rettungspakete und das Anzapfen des ESM würden für einen ungleich größeren Widerstand der Bürger sorgen.

Der Schuldensozialismus gewinnt durch die Bankenunion eine neue Dimension. Unter dem Deckmantel der effizienteren Kontrolle von Banken sowie der möglichen Abwicklung von Banken, droht ein Zugriff auf die Sparkonten der deutschen, der niederländischen und der österreichischen Bürger. So wie sich Privatpersonen gegen diese wirtschaftlichen Unwägbarkeiten in Form von Immobilien und anderen sicheren Wertanlagen schützen wollen, so sollte auch der Staat in Form von Goldreserven vorsorgen. Denn je unsicherer die Zeiten sind, umso wichtiger sind Wertanlagen von Beständigkeit.

Um von dieser Sicherheit, im Falle des Falles, auch profitieren zu können, müssen die Goldreserven in Österreich gelagert werden. Im äußersten Krisenfall bietet die Lagerung von Gold im Ausland keine Sicherheit.

Dieses Thema mag durch zahlreiche Politiker und regierungsnahen Ökonomen ins Lächerliche gezogen werden. Jedoch handelt es sich keinesfalls um eine Lächerlichkeit. Bestätigt wird dies durch die Geheimniskrämerei von Finanzministerium und Österreichischer Nationalbank. Nur aufgrund des unnachgiebigen Nachfragens von Nationalratsabgeordneten Dipl. Ing. Gerhard Deimek und aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung wurde die Tatsache bekannt, dass ein Großteil der österreichischen Goldreserven im Ausland lagern. Ein unzumutbarer Zustand, bedenkt man die große wirtschaftliche Unsicherheit dieser Tage. Daher bin ich Abgeordneten Deimek überaus dankbar, dass er mit großem Engagement und bewundernswerter Ausdauer Licht ins Dunkel der österreichischen Goldreserven gebracht hat.

Die Lagerung unseres Goldes im Ausland sowie die Goldverkäufe der Vergangenheit müssen einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Dazu dient auch die vorliegende Schrift. Denn die öffentliche Empörung ist groß, wenn es um den Ausverkauf des Wassers, der Infrastruktur oder anderem öffentlichen Eigentum geht. Ebenso groß muss die Empörung im Falle des Verkaufs von Goldreserven bzw. der Lagerung der Goldreserven im Ausland sein.

Hierbei geht es um den goldenen Rettungsanker gegen den europäischen Schuldensozialismus. Wenn alle Stricke reißen, was niemand hofft, womit aber gerechnet werden muss, würden Goldreserven im eigenen Land als Grundlage für einen finanzpolitischen Neustart dienen. Österreich würde sich durch eine Lagerung der Goldreserven im Inland Unabhängigkeit und damit wiederum Freiheit sichern. So wie sich der Privatmann mit Immobilien und anderen Wertgegenständen absichert und damit seine Unabhängigkeit wahrt.

Abschließend möchte ich Abgeordneten Deimek nochmals meinen Dank aussprechen, dass er sich dieses heißen Eisens angenommen und in übersichtlicher sowie prägnanter Form zu Papier gebracht hat.

## Vorwort von NAbg. Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Nahezu täglich hören wir, dass Europas Regierungen in ihre Politik Vertrauen setzen und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Gleichzeitig bekräftigt die Bevölkerung bei nahezu allen Wahlgängen, dass sie nicht mehr an die Visionen und Lösungswege der bisher dominierenden politischen Kräfte glaubt. Dieses Umdenken macht vor dem Finanzwesen und der Währungspolitik keinen Halt. Der US-Dollar gilt längst nicht mehr bloß als Leitwährung der Welt, sondern auch als global präsenten Instrument der Vereinigten Staaten zur Erhöhung ihres Wohlstandes. Gold, das seit dem Zusammenbruch von Bretton Woods seine historische Rolle eingebüßt zu haben schien, kehrt nach dem Platzen der US-amerikanischen Immobilienkrise als finanzpolitischer Faktor zurück. Die Goldbestände von Notenbanken wurden in der jüngsten Vergangenheit Gegenstand der interessierten Öffentlichkeit, einflussreicher Sicherheitsberater und renommierter Ökonomen.

Das Banksystem gilt nicht mehr als generell stabil und selbst der Bankrott ganzer Staaten kann nicht ausgeschlossen werden. Modernes Papiergeld ist durch Vertrauen gedeckt, Vertrauen in das Wort der Regierung und des Staates. Doch ebenjenes Vertrauen wurde tief erschüttert. Die Finanzmärkte erwecken für den Beobachter seit Beginn der Krise vielfach den Anschein der Unberechenbarkeit. Staatliche Haushalte und mit ihnen ganze Volkswirtschaften geraten außer Kontrolle. Das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vielfach propagierte *Ende der Geschichte* muss vorerst wohl abgesagt werden. Auch unser Österreich ist keine Insel der Seligen mehr. Die Krise und ihre Auswirkungen sind in unserer Gesellschaft angekommen. Der Sozialstaat scheint immer schwieriger zu schultern und die Realeinkommen sinken. Die Bundesregierung setzte offenbar auf ein Täuschungsmanöver, um sich das politische Überleben nach den Nationalratswahlen vom September 2013 zu sichern. Ein dutzende Milliarden schweres Defizit in den Büchern der Republik wurde verheimlicht. Dieses auszugleichen wird für viele Menschen drastische und unmittelbare Auswirkungen

haben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sind keine abstrakten, globalen Schreckgespenster. Sie beeinflussen unser Leben täglich und das wird sich in den nächsten Jahren vermutlich nicht allzu sehr ändern. Was sich jedoch grundlegend ändern muss, sind unsere Regierungen. Noch vor dem ersten Mitgliedsstaat der Europäischen Union müssen zahlreiche Staatsmänner schon heute ihren - demokratiepolitischen - Bankrott anmelden. Werner Faymann und Michael Spindelegger sind innerhalb des etablierten Europas eher die Regel als die Ausnahme. Wenn auch Kaliber eines Giorgos Papandreou glücklicherweise Einzelercheinungen sein mögen. Dennoch bleiben die herben Verluste der Koalitionsparteien als unmissverständliches Downgrading durch die Bevölkerung zu verstehen. Die Bundesregierung hat ihr innenpolitisches Triple-A eingebüßt.

Diesem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den früheren Großparteien gingen über Jahre hinweg herbe Enttäuschungen voraus. War der Schilling ein Zeichen der wirtschaftlichen Lebenskraft unseres Staates, so wird sich noch zeigen, welchen Verlauf die erst kurze Geschichte des Euro und der Währungsunion nehmen wird. Eines steht fest: Ein Garant für Wohlstand und Stabilität ist der Euro nicht, vom angesetzten Status eines möglicherweise paneuropäischen Friedensprojektes ganz zu schweigen. Die vielfach beschworene Solidarität innerhalb Europas, das irrigerweise in der Diktion mit der Europäischen Union gleichgesetzt wird, hat ihre nebulose Gravitation längst verloren. Profiteure der zahlreichen Rettungsgipfel sind die Märkte, die Menschen bleiben auf der Strecke und kämpfen mit steigender Teuerung und Reallohneinbußen.

Die Etablierung des Eurorettungsschirmes und des Europäischen Stabilitätsmechanismus ebnete den Weg von der Wohlstands- in die Schuldenunion. Unsere Kinder und kommende Generationen sollen wie eine Bürde die Lasten von Fehlentscheidungen, meist südlich gelegener Regierungen, tragen müssen. Eine schwere Hypothek für die Zukunft, doch ein Ende dieses gesetzlich abgesegneten Raubzuges im Namen der Europäischen Einigung ist noch nicht in Sicht. Jüngst brachte der Internationale Währungsfonds sogar die Enteignung der Bevölkerung ins Spiel. Eine Vermögensabgabe

könne demnach helfen, Staatsschulden einzudämmen. Doch denen, die bereit sind die Freiheit Europas auf Generationen in die Ketten von Haftungen und gegenseitigen Schuldtiteln zu legen, seien die Worte des langjährigen Gouverneurs der Bank of England, Montagu Norman, ins Stammbuch geschrieben. Dieser bekannte im Jahr 1948:

*„Wenn ich zurückblicke, dann scheint mir, dass wir trotz allen Denkens, trotz all der Arbeit und der guten Absichten absolut nichts erreicht haben. ... nichts von dem, was ich getan habe und nur sehr wenig von dem, was der alte Ben<sup>1</sup> tat, hatte international positive Auswirkungen – oder überhaupt irgendwelche Auswirkungen, außer dass wir von vielen armen Teufeln Geld eingesammelt und es in alle Winde verstreut haben.“<sup>2</sup>*

Wir sehen uns mit einer umfassenden Systemkrise konfrontiert, die ökonomische und demokratiepolitische, wie moralische Aspekte aufzuweisen hat. Das Streben nach Souveränität sowie Freiheit und die Rückkehr zu realen Werten werden uns helfen, aus dieser Krise zu finden. Gold ist mehr als eine Metapher für die Zukunft Österreichs und Europas.

---

<sup>1</sup> Benjamin Strong, von 1914 bis 1928 Gouverneur der Federal Reserve Bank New York

<sup>2</sup> (Ahamed, 2012, S. 545)

## **Vorwort von MdEP Mag. Franz Obermayr**

Bei dem Beschluss zur Währungsunion in Maastricht 1992 und der letztendlichen Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) 1998, kam eine Reihe sachlicher Kritikpunkte auf. Vornehmlich bestand diese Kritik aus zwei Punkten. Die erste Befürchtung war die Entstehung einer Transferunion, da die Überschuldung und der Bankrott einzelner Euro-Mitgliedsstaaten, den Euro als Ganzes bedrohen könnte und somit die liquiden Staaten aus eigenem Interesse gezwungen wären den illiquiden zu helfen. Die finanzstarken Mitgliedsstaaten des Eurosystems würden so faktisch erpressbar und jeder Staat hätte den Anreiz mehr Schulden zu machen, da die Last sodann verallgemeinert würde. Um dem vorzubeugen, wurden die mittlerweile berüchtigten Maastricht-Kriterien, welche die Neuverschuldung verbindlich begrenzen sollten, verabschiedet.

Die zweite Befürchtung betraf das konkrete Verhalten der neuen Europäischen Zentralbank. Würde Sie durch eine zu laxen Geldpolitik oder konkrete Maßnahmen die Staatsverschuldung unterstützen wie dies zum Beispiel gängige Politik im Vor-Euro-Frankreich oder -Italien der Fall war? Die Folge wären deutlich höhere Inflationsraten. Nein, das wolle man nicht. Die neue Währung sollte so hart sein wie die D-Mark und nicht weich wie der Francs oder die Lira. Also wurde der EZB eindeutig verboten, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Staatsverschuldung unterstützen, als ihr oberstes Ziel Preisstabilität definiert und zur moralischen Untermauerung die EZB in die "Tradition der Deutschen Bundesbank" gestellt. So konnten die Zweifler beruhigt werden und auch Deutschland gab nun sein OK zum Euro.

Etwa zwei Dekaden danach und eine Dekade nach Einführung der Gemeinschaftswährung wissen wir es besser. Obwohl der Dackel vertraglich verpflichtet war, den Wurstvorrat zu bewachen, hat er ihn gefressen. Die Maastricht-Kriterien wurden weder eingehalten, noch kontrolliert. Die Schuldenquoten einzelner Länder eskalierten und ein nervöser Finanzmarkt zog den Stecker. Und die Reaktion der EZB? Gleich bei der ersten Krise

der Gemeinschaftswährung ließ sie die sprichwörtliche Maske fallen. Panische Maßnahmen folgten hektischen Maßnahmen. Neues Geld wurde massiv in den Wirtschaftskreislauf gepumpt und diverse Programme zum Kauf von Staatspapieren wurden vorangetrieben, wobei diese rechtlich bestenfalls als zweifelhaft zum klaren Verbot der Unterstützung von Staatsverschuldung gesehen werden können. Wird der Euro überleben und Draghi seinen eigenen Job retten? Es ist noch nicht abzuschätzen.

Für Österreich stellt sich aber eine andere Frage, denn auf die vorherige kann es kaum einen wirklich Einfluss nehmen: Quo vadis, Austria? Unabhängig von der Zukunft des Euro, muss Österreich die Option haben, zu einer eigenen Währung zurückkehren zu können. Optionen bedeuten auch Freiheit - die Freiheit zur Wahl. Es ist daher schön, dass wir in Bezug auf die Währung genau diese Frage noch stellen können.

Entscheidend dafür, dass das auch so bleibt, ist Österreichs Gold. Einen Teil davon musste die österreichische Nationalbank zur Gründung der EZB bereits an diese übertragen. Der Großteil hingegen ist aber noch in nationalem Eigentum und damit in dem der Bürger. Im Zuge der hektischen und panischen Krisenpolitik der EZB schielte und schielte diese immer noch, auf die verbliebenen Goldreserven der Euro-Mitgliedsstaaten. Die EU-Kommission unterstützt sie dabei tatkräftig mit einer Expertengruppe. Ein realistisches Ziel könnten hier goldgedeckte Eurobonds sein – auf Basis des Golds der Euromitgliedsstaaten.

So könnte EZB und EU zwei Fliegen mit einem Streich erschlagen. Erstens könnten sie deutlich mehr Schlagkraft in der Bekämpfung der Euro- und Staatsschuldenkrise erhalten und so weiterhin die Finanzierung der bankrotten Eurostaaten aufrechterhalten. Zweitens würden sie damit ein perfides Bonusziel erreichen. Indem die Mitgliedsstaaten sodann kaum mehr über nationale Goldreserven verfügten, wäre es ihnen beinahe unmöglich, aus dem Euro auszutreten und zu einer eigenen Währung zurückzukehren. Sie wären im Euro gefangen und würden auch nunmehr alles für dessen Erhalt machen. Es handelt sich also aus Sicht von EZB und EU um eine sehr ver-

lockende und interessante Lösung. Ein Grund mehr, genau auf Österreichs Gold achtzugeben: Es ist ein bewährter Währungsgarant.

Gold hat auf Grund seiner Knappheit seit jeher einen hohen realen Wert, zudem sind Lagerung und Echtheitsüberprüfung verhältnismäßig einfach. Diese Eigenschaften legten das Fundament seines Siegeszuges als Währungsgarant. Nachdem die ersten Versuche auf Erden eine Papierwährung ohne Deckung zu schaffen im 18. Jahrhundert kläglich scheiterten, etablierte sich etappenweise weltweit ein System zur Golddeckung der Papierwährung. Im Wesentlichen bedeutet dies, dass der Inhaber einer Banknote diese stets gegen eine fix definierte Menge Gold bei der Zentralbank eintauschen kann. Diese Methode ist ein sehr verlässliches, weil glaubwürdiges System eine Papierwährung zu garantieren. Mit der Zeit wurde Papierwährung auf diese Weise vertrauenswürdig und früher oder später war die Golddeckung nicht mehr von Nöten.

Heute basiert Geld, wie zum Beispiel der Euro, nicht mehr auf eine Golddeckung. Es stützt nur noch auf dem Edikt, dass es einen Wert habe sowie auf das Vertrauen der Bürger, dies zu glauben. Man spricht daher auch von Fiat-Geld: "Es-möge-so-sein-Geld". So kann es zynisch leider auch als eine absurde Religion unserer Gesellschaft gesehen werden – der Glaube erhält es am Leben. Wenn aber das Vertrauen in eine solche Fiat-Währung und damit letztendlich auch sie selbst zusammenbricht, muss eben dieses Vertrauen bei einer neu zu schaffenden Währung auch neu aufgebaut werden. Eine Golddeckung erleichtert das ungemein und das 20. Jahrhundert bietet genug Beispiele, welche eben dies unterstreichen.

So erinnern die Pläne von EU und EZB in zweifacher Hinsicht an den spanischen Konquistadors Hernán Cortés. Einerseits an seine Gier nach Gold und andererseits, an seinen Schachzug, nach der Landung in der neuen Welt seine Schiffe zu zerstören, damit der Mannschaft klar war, dass es keinen Weg zurück mehr gibt! Die Mannschaft hatte folglich keine Wahl mehr.

Österreichs Gold hat also mehr Wert als nur den buchhalterischen. Es ist die Absicherung dafür, dass Österreich eine wirkliche "Exit-Option" zum Euro hat. Mit dem Gold der Nationalbank kann Österreich bei Notwendigkeit oder Wunsch den Sprung zurück zu einer eigenen Währung verhältnismäßig einfach vollziehen. Es symbolisiert so Österreichs Freiheit zur Wahl seiner Zukunft.

# Teil I: Gold ist Geld

## Kapitel I: Der Rohstoff des Geldes

Die mit dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2008 einsetzende Finanzkrise hat tiefe Wurzeln. Sie mutierte von einem Schockereignis an den Märkten zu einer Wirtschaftskrise. Doch handelt es sich im Kern um eine Krise unserer Wirtschaft, oder um den Niedergang unseres Geldes? Die zahllosen Eurorettungsgipfel der jüngsten Vergangenheit und die auf Hochtouren laufenden Notenpressen der US-amerikanischen Notenbank Federal Reserve sprechen für diese Hypothese. Gleichzeitig scheint immer zweifelhafter, ob die Währungsunion in ihrer derzeitigen Gestalt für ökonomische Vitalität bürgt, oder ob sie für die Prosperität der Mitgliedsstaaten nicht längst zu einer schweren Hypothek geworden ist. Der Euro ist unsere Währung – doch Gold ist Geld. Zur Veranschaulichung dieses Unterschiedes – der wesentlich weiter reicht, als die Wortwahl es auf den ersten Blick vermuten lässt - ist es hilfreich die vielschichtigen Funktionen von Geld zu analysieren. Der Experte Ronald Peter Stöferle beschreibt im Goldreport 2012 die essentiellen Anforderungen an Geld und erläutert, weshalb Gold – hinsichtlich seiner Eignung - schließlich den ersten Platz im Wettbewerb der Währungen gewonnen hat:

*„Was sind nun die zentralen Anforderungen an Geld?“*

- *Es muss leicht in standardisierte Einheiten teilbar sein*
- *Es muss fungibel sein*
- *Es muss leicht transportierbar sein*
- *Es muss haltbar und praktisch unzerstörbar sein*
- *Es muss eine lange Historie von universeller Akzeptanz aufweisen*
- *Es muss leicht erkennbar sein und bekannte Standards erfüllen, die leicht zu überprüfen sind*
- *Es muss einen hohen Wert im Vergleich zu Gewicht und Volumen haben*

- *Der Bestand muss im Verhältnis zum jährlichen Zuwachs groß sein (hohes stock-to-flow-Ratio)*
- *Es muss geringe Lagerkosten verursachen*
- *Es muss niedrige Transaktionskosten aufweisen*
- *Es darf keinen abnehmenden Grenznutzen aufweisen*
- ***und last but not least: es darf nicht beliebig vermehrbar sein***

*Es gibt zahlreiche Güter, die einige dieser Kriterien erfüllen. **Jedoch nur Gold und Silber erfüllen alle Kriterien. Deshalb stellten sich die beiden Edelmetalle im Laufe der Jahrhunderte als marktgängigste Güter heraus. Deshalb setzten sie sich rund um den Globus und in unterschiedlichsten Kulturen, Religionen und sozialen Schichten, als ultimatives Geld durch.*** [Hervorhebungen im Original, Anm. d. A.]<sup>3</sup>

Geldvermehrung und Werthaltigkeit sind natürliche Antagonisten. Was Regierungen scheinbar helfen mag, finanzielle Engpässe zu überwinden, beraubt im Gegenzug die Bevölkerung ihres Besitzes. Nicht umsonst genießt Inflation den Ruf, die ungerechteste aller Steuern zu sein. So lange sie nicht zur Hyperinflation ausartet, ist sie allerdings die leiseste aller Steuern. Und sie muss nicht öffentlichkeitswirksam und möglicherweise unter Protesten im Parlament beschlossen werden.

Was den Wert von Geld ausmacht, beschäftigte schon die Antike. Aristoteles könnte zu den ersten Verfechtern von Gold- bzw. Silberwährungen gezählt werden. Er argumentierte, dass der Wert des Geldes an die Herstellungskosten gekoppelt sein müsse. Plato wiederum meinte, der Wert eines Zahlungsmittels generiere sich aus dem Wert, der ihm gegeben wird. Einen grundlegenden Durchbruch in der Geldtheorie erzielte der einflussreiche Verfechter der österreichischen Schule der Nationalökonomie, Ludwig von Mises. In seinem Werk *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel* zerschlug er einen gordischen Knoten. Bisher galt die Idee, wonach Geld nachgefragt

---

<sup>3</sup> (Stöferle, 2012, S. 31)

wird, weil es über Kaufkraft verfügt, wodurch es wiederum Wert erhalte. Ein sich selbst definierender Zirkelschluss, aber keine geeignete Erklärung, um das Wesen des Geldes zu ergründen. Mises brachte den Aspekt der Zeit, also die Werthaltigkeit und zukünftige Erwartungen in die Geldtheorie ein.<sup>4</sup> Und welche lediglich politisch legitimierte Währung ist beständiger als Gold?

---

<sup>4</sup> (Stöferle, 2012, S. 29)

# Teil II: Gold als neuzeitliche Währung

## Kapitel II: Der klassische Goldstandard

Gegenwärtig dominieren realwirtschaftlich meist ungedeckte Papierwahrungen den Globus. Hinter den auf Banknoten gedruckten Nennwerten befindet sich kein Wert, sondern lediglich das Versprechen, die Note einlösen zu können. Unser Währungssystem ist folglich durch Vertrauen gedeckt. Der ehemalige US-amerikanische Kongressabgeordnete Ron Paul kritisierte diesen Umstand schon in den achtziger Jahren. Die Aussage wonach ein Dollar das sei, wofür er ausgegeben wird, hält er für unhaltbar. Im Hinblick auf die Loslösung des Dollars von Silber wie Gold erklärte er: *„Es sollte einleuchtend sein, dass der Verlust der Definition, was unsere Geldeinheit ist, direkt mit den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen zusammenhängt, denen wir heute gegenüberstehen.“*<sup>5</sup> Ein Blick in die jüngeren Geschichte Europas und der Vereinigten Staaten offenbart, dass bloße Versprechen tatsächlich selten von langer Dauer waren. Der vorhandene Definitionsspielraum wurde vielfach nicht zum Vorteil der Bevölkerung ausgelegt. Das Vertrauen der Bürger in ihre Regierungen sollte nur allzu oft bitter enttäuscht werden.

In Großbritannien begann sich ab dem Jahr 1717 unter Federführung Issac Newtons der Vorläufer des späteren Goldstandards zu entwickeln. Der Goldpreis pro Feinunze wurde von Newton auf 4 Pfund, 4 Schillinge, und elfeinhalb Pennys genormt. Die Einführung des Sovereign als standardisiertem Zahlungsmittel im Jahr 1821 bedeutete die faktische Einführung des berühmten Goldstandards.<sup>6</sup> Zuvor war die Goldkonvertibilität des

---

<sup>5</sup> (Ron Paul, S. 1)

<sup>6</sup> vgl. (unzengold.de, 2013)

Pfundes im Umfeld der Napoleonischen Kriege teilweise ausgesetzt worden.<sup>7</sup>

Das Inselreich war dem Rest Europas und den Vereinigten Staaten nicht nur im Bereich der Industrialisierung, sondern auch im Finanzwesen einen Schritt voraus. Der Kontinent verharrte Großteils noch fünfzig Jahre im System des Silberstandards. Erst die Entdeckung erheblicher Goldvorkommen in Nordamerika und Australien bildete die Voraussetzung für den einsetzenden Siegeszug des Goldes über Silberwährungen und Bimetallismus. Das getreu Otto von Bismarcks Worten aus Blut und Eisen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 frisch geschmiedete deutsche Kaiserreich bekannte sich – als wenn auch junger, aber bedeutender kontinentaler Machtfaktor - zum prestigeträchtigen Goldstandard. Doch die deutsche Einigung unter preußischer Herrschaft veränderte nicht nur das Antlitz Mitteleuropas und setzte neue machtpolitische Akzente. Sie verhalf auch dem Gold als härtester aller Währungen und beständigstem aller Zahlungsmittel zum Durchbruch. Das besiegte Frankreich wurde verpflichtet, Reparationszahlungen im Umfang von fünf Milliarden Francs in Gold an das neue entstandene Kaiserreich zu entrichten. Dieser Transfer wurde zur Basis für die ebenfalls neu geschaffene Mark bzw. Goldmark.

Skandinavien und die Niederlande folgten 1874 und ein Jahr darauf. Frankreich und Spanien traten dem *Goldclub* im Jahr 1876 bei, drei Jahre später gesellte sich das kaiserliche Österreich zur illustren Runde und das feudalistisch geprägte Russland folgte im Jahr 1893. Die USA verabschiedeten im Jahr 1900 eigens den *Gold Standard Act* und waren fortan ebenfalls Mitglied der Goldmächte.<sup>8</sup> Das scheinbar altmodische Edelmetall wurde gemeinsam mit technologischen Neuerungen zum Treibstoff der ersten Globalisierung. Der Welthandel begann sich zu entfalten und die Mitglied-

---

<sup>7</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 95)

<sup>8</sup> vgl. (unzengold.de, 2013)

schaft im Goldclub sicherte über weite Strecken den für langfristige wirtschaftliche Prosperität erforderlichen Zugang zum Kapitalmarkt. Die Mitgliedschaft sorgte für Vertrauenswürdigkeit, schließlich lässt sich das Metall der Könige im Gegensatz zu ungedecktem Papiergeld nicht beliebig vermehren und dadurch weitgehend konsequent wie gnadenlos entwerten. Die Möglichkeit des Staates, seine Bürger oder Gläubiger ihrer Ersparnisse und Vermögen zu berauben, waren enge Grenzen gesetzt. Stabile Wechselkurse und minimierte staatliche Interventionsmöglichkeiten boten positiver und schöpferischer Wirkung der Marktkräfte ein gedeihliches Umfeld. Der Wirtschaftshistoriker Giulio M. Gallarotti umriss in seinem zeitgenössischen Werk *The Anatomy of an International Monetary* die Vorzüge des damaligen goldgedeckten Währungssystems:

*„Innerhalb dieser Gruppe von Nationen, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhundert schließlich auf Goldstandards zubewegten (also des Goldclubs), kam es kaum zu abnormalen Kapitalbewegungen (d.h. spekulativen internationalen Geldflüssen), waren Währungsmanipulationen aus Wettbewerbsgründen die Ausnahme, wuchs der internationale Handel mit Rekordraten, gab es kaum Zahlungsbilanzprobleme, war die Kapitalmobilität hoch (wie auch die Mobilität von Produktionsfaktoren und Personen), setzten nur wenige Mitgliedsländer jemals die Goldkonvertibilität ihrer Währung aus (und von denen, die das taten, kehrten die wichtigsten wieder zurück), blieben die Wechselkurse innerhalb ihrer jeweiligen Goldpunkte (d.h. sie waren extrem stabil), gab es kaum wirtschaftspolitische Konflikte zwischen Nationen, wirkte die Spekulation stabilisierend (d.h. das Verhalten der Investoren neigte dazu, die Währungen zurück ins Gleichgewicht zu bringen, wenn sie davon abgerückt waren), erfolgten Anpassungen rasch, war Liquidität im Überfluss vorhanden und das öffentliche und private Vertrauen in das internationale Währungssystem groß, genossen die Nationen langfristige Preisstabilität (Vorhersagbarkeit) bei geringen Inflat-*

*onsraten, waren die langfristigen Trends der industriellen Produktion und des Einkommenswachstums günstig und blieb die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering.*“<sup>9</sup>

Die vorangegangenen Zeilen mögen insbesondere kritischen Lesern wie die wirtschaftspolitische Anleitung zur Quadratur des Kreises erscheinen. Doch Gallarottis Einschätzung war keine Einzelmeinung. Die Federal Reserve Bank of St. Louis veröffentlichte eine Expertise, in der sich folgende Zeilen finden: *„In der Zeit des klassischen Goldstandards war die Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten und Großbritannien besser als in der Zeit des nachfolgenden Teilreservesystems.*“<sup>10</sup>

Das Versprechen, nationale Währungen gegen einen zuvor fixierten Wechselkurs in Gold umtauschen zu können, war damals keine reine Frage der Verrechnung oder der Opportunität und Bonität. Der Goldstandard wurde im angelsächsischen wie im deutschen Denken zu einem der Fundamente einer freien Gesellschaft, der sich nahtlos an Errungenschaften wie die Eigentumsrechte anschloss. Die Goldbindung ihrer Währung verlieh den Bürgern Schutz gegen Regierungen, die nur allzu gerne dazu neigen, über ökonomische Realitäten oder eigene Fehlentscheidungen mithilfe von Inflation und Verschuldung hinwegtäuschen zu wollen.<sup>11</sup> Damit wurde der Goldwert der Währung zu einem tragenden Element der Beziehung zwischen Autorität und Bevölkerung.

Doch die Vorteile beschränkten sich nicht auf die Werterhaltung des Geldes und die disziplinierende Rolle auf die Finanzgebarung von Regierungen. Auch in der Abwicklung internationaler Handelsbeziehungen traten erhebliche Vorteile auf. Gold war nicht alleiniges Tauschmittel, sondern

---

<sup>9</sup> (Rickards, 2012, S. 74)

<sup>10</sup> (Rickards, 2012, S. 74)

<sup>11</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 189)

diente als währungsmäßige Ankerung, wodurch sich Maßnahmen zur Versicherung von Wechselkursschwankungen erübrigten.<sup>12</sup>

Am 28. Juni 1914 wurde auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ein Attentat verübt. Verantwortlich dafür war die nationalistische Untergrundorganisation *Schwarze Hand*, die Bosnien-Herzegowina in einen südslawischen Staat integriert wissen wollte. Die Schüsse galten der herrschenden Ordnung Europas und trafen auch den Goldstandard. Gemeinsam mit den europäischen Dynastien der Hohenzollern, Habsburger und Romanows stürzte das damalige Weltwährungssystem in sich zusammen. Die Anforderungen und finanziellen Lasten des Ersten Weltkrieges ließen sich nicht mit der strengen fiskalischen Disziplin und Mäßigung vereinbaren, die die Funktionsweise des Goldstandards verlangte.

Gold und die entsprechenden Vorräte der Notenbanken spielten zunächst eine gewichtige psychologische Rolle in den Reihen der kriegführenden Mächte. Die Ansicht, wonach der Umfang der Goldvorräte die Dauer des Krieges bestimmen würde, war weit verbreitet. Kriegsgegner hielten den Goldstandard für ein wirksames Mittel gegen ausgedehnte und langwierige Feldzüge. Die renommierte *New York Times* ging von finanzieller Stabilität trotz der Kriegswirren aus. Diesmal sei nicht das „*grenzenlose Drucken von Papiergeld und dessen ständige Abwertung*“<sup>13</sup> zu befürchten, zeigte sich das Blatt zuversichtlich. Auch der junge John Maynard Keynes vertraute auf die Vernunft der handelnden Potentaten und die mäßigende Wirkung realwirtschaftlicher Sachverhalte gegenüber den damals verlockenden Sprechchören begeisterter Patrioten. Er wollte sicher sein, dass der Erste Weltkrieg nicht länger als ein Jahr dauern könne, denn dann seien die finanziellen Möglichkeiten der beteiligten Mächte erschöpft. Der ungarische

---

<sup>12</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 77)

<sup>13</sup> (Ahamed, 2012, S. 86)

Finanzminister Janosz Teleszky äußerte sich gar dahingehend, dass sein Land den Krieg nur drei Wochen finanzieren könne.<sup>14</sup> Sowohl die *New York Times*, als auch der spätere Nobelpreisträger und selbst Vertreter der hohen Politik sollten sich gründlich irren. Das Schlachten in Europa ließ sich nicht von finanziellen Engpässen oder nicht ausreichend vorhandenen Goldvorräten aufhalten. Der Goldstandard wurde einfach außer Kraft gesetzt.

„Was für eine außergewöhnliche Episode im ökonomischen Fortschritt war dieses Zeitalter, das im August 1914 zu Ende ging“<sup>15</sup>, bedauerte John Maynard Keynes in seinem Werk *Krieg und Frieden* die bis dahin wohl größte Katastrophe in der Geschichte Europas.

### **Kapitel III: Das abrupte Ende der goldenen Ökonomie**

Mit dem Anschlag auf das Thronfolgerpaar endete die Phase des ökonomischen Aufschwungs. Europäisch-amerikanisches Kapital hatte den Suez- und Panamakanal finanziert. Der Baumwollanbau in Indien expandierte ebenso wie der Bergbau in Südafrika. Doch mit dieser Phase des wirtschaftlichen Globalismus und bis dahin ungekannter Prosperität ging es schlagartig zu Ende. Europa wurde von einer Periode steigenden – wenn auch oft ungleich verteilten – Wohlstandes in die Kriegswirtschaft geworfen. Welchen Schock das bedeutete, zeigt die folgende Anekdote. Das britische *Committee of Imperial Defense* beschäftigte sich zwei Jahre vor Kriegsbeginn mit Fragestellungen, die sich aus Handelsverflechtungen ergaben. Dabei wurden sich die Herren gewahr, dass ein wesentlicher Teil der Handelsmarine Deutschlands bei *Lloyds of London* versichert war. Sollte es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und

---

<sup>14</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 87)

<sup>15</sup> (Ahamed, 2012, S. 27)

dem jungen Kaiserreich kommen, wäre Lloyds verpflichtet gewesen, den beim Unternehmen versicherten deutschen Gesellschaften etwaige Schäden und Verluste an Schiffsraum abzugelten.<sup>16</sup>

Krieg lag nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien jetzt plötzlich in der Luft und die Börsen wurden geschlossen. Der Goldstandard war von der ersten Sekunde der – vorerst noch diplomatischen - Spannungen an bedroht. Die systemimmanente Zirkulation von Gold setzt sichere Transportmöglichkeiten voraus. Die Institute in der Londoner City setzten ihrerseits in vielen Fällen den Tausch von Pfundnoten und –Münzen in Gold aus. Namhafte Banken zogen ihre Goldreserven von der Bank of England ab.<sup>17</sup>

Die deutsche Reichsbank war auf den so plötzlich ausgelösten Konflikt besser vorbereitet. Die sogenannte Agadir-Krise im Jahr 1911 – ein machtpolitischer Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich – bescherte dem Kaiserreich eine ebenso aufsehenerregende wie auch respektable Finanzkrise. Innerhalb von nur vierundzwanzig Stunden gaben die Börsenkurse um rund ein Drittel nach. Dazu gesellte sich ein Goldabfluss von einem Fünftel der Bestände der Notenbank im Zeitraum lediglich eines Monats. Die Mark drohte ins Wanken zu geraten. Die deutsche Regierung sah sich gezwungen gegenüber dem verhassten „Erbfeind“ einzulenken, um nicht aus dem Goldstandard ausscheiden zu müssen. Kaiser Wilhelm II. beschloss, die Finanzen seines Landes für die Zukunft kriegstauglich strukturieren zu lassen. Die Reichsbank stockte ihre Goldvorräte von der Krise bis zum Ersten Weltkrieg von 200 Millionen Dollar auf 500 Millionen Dollar – gerechnet in damaliger Kaufkraft - auf. Welche wirtschaftliche Kraftanstrengung dies gewesen sein muss, zeigt ein Vergleich: Die Bank of England musste im selben Zeitraum mit weniger als der Hälfte der deutschen

---

<sup>16</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 29)

<sup>17</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 39f)

Reserven ihr Auskommen finden. Bei Kriegsbeginn reagierte Reichsbankdirektor Rudolf von Havenstein schnell. Ab dem 31. Juli konnte die Mark nicht mehr gegen Gold eingetauscht werden.<sup>18</sup>

Noch gravierender als der Gesichtverlust in der Agadir-Krise sich in der Politik der Reichsbank niederschlug, hat sich die Niederlage der Nachbarn westlich des Rheins im Krieg 1870 und 71 in den Maßnahmen der Banque de France niedergeschlagen. Es kam unter der Ägide des Notenbankchefs Georges Pallain ab 1897 zu einem goldenen Wettstreit der beiden Institutionen, das zugunsten Frankreichs ausging. Es war im Besitz der größten Goldreserven der Welt. Die Goldbestände lagen bei 800 Millionen Dollar. Als die diplomatischen Depeschen verschickt waren, die Europa schließlich ins Unheil stürzen sollten, quittierte auch die Grand Nation die Goldkonvertibilität. Zuvor wartete eine sich über fünf Kilometer erstreckende Menschenschlange darauf, ihre Banknoten gegen das glänzende Metall tauschen zu können. Im Vorfeld hatte die Bank verlautbart, solange wie möglich Gold auszahlen zu wollen.<sup>19</sup>

Bis zum Jahr 1916 sollten die Kriegsmaschinen die Hälfte der jährlichen Wertschöpfung der Entente und der Mittelmächte verschlungen haben. Die Kontrahenten boten insgesamt achtzehn Millionen Mann auf, um die europäische Zivilisation an den Rand des Abgrundes zu führen. Der Vorbote des wirtschaftlichen Abgrunds wurde bereits sichtbar, als Deutschland und Frankreich nach Beginn der Kriegshandlungen den Goldstandard suspendierten.<sup>20</sup> Von da an begannen die unerbittlichen Notenpressen einerseits den Krieg zu finanzieren und andererseits die Vermögen und Ersparnisse der Bevölkerung zu vernichten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt

---

<sup>18</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 53f)

<sup>19</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 81ff)

<sup>20</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 87)

zu untergraben. Selbst in England, das nachdrücklich versuchte weitgehend auf expansive Geldpolitik zu verzichten, verdoppelte sich die Geldmenge.<sup>21</sup>

## **Kapitel IV: Der Gold-Devisen-Standard**

Der Erste Weltkrieg markierte eine Zäsur in der europäischen Entwicklung, die wohl jeden Lebensbereich berührte. Wenige Steine blieben auf dem anderen. Das Zarenreich war schon im vorletzten Kriegsjahr im Chaos der Revolution versunken und taumelte direkt in den Bürgerkrieg. Die Niederlage Deutschlands und Österreichs sollte beide Staaten ebenfalls ins Chaos stürzen. Die Donaumonarchie hörte auf zu existieren und zerfiel in Nationalstaaten. Auch in Deutschland war die Revolution angekommen. Das Zeitalter der ständischen Ordnung und der Monarchie war zu Ende und die genaue Gestalt der zukünftigen Staatsform noch ungewiss. Gemeinsam mit der Gesellschaftsordnung war auch die etablierte Wirtschaftsstruktur zerbrochen. Der Vertrag von Versailles legte die Kriegsschuld Deutschlands fest und sah vor, dass dieses Reparationen in Höhe mehrerer Milliarden Goldmark an die Sieger zu entrichten hatte. Deutschland schied schließlich aus dem Goldstandard aus. Ein Weg, der in die Hyperinflation münden und die demokratische Weimarer Republik ins totalitäre Jenseits befördern sollte. Doch nicht nur Deutschland stand vor erheblichen Herausforderungen, auch die vermeintlichen „Siegermächte“ des Ersten Weltkrieges sahen sich mit Spannungsfeldern finanzieller Natur konfrontiert. Ihre Ökonomien waren in allzu viele Ungleichgewichte geraten, die das Kriegsgeschehen mit sich gebracht hatte.

Die Konferenz von Genua sollte den Anstoß eines neuen Weltwährungssystems bilden. Anstelle des klassischen Goldstandards rückte der Gold-

---

<sup>21</sup> vgl. (Ahamed, 2012, S. 88f)

Devisen-Standard. Notenbankreserven sollten fortan nicht nur in Gold, sondern auch in Währungen gehalten werden können, die gegen Gold konvertierbar waren. Dadurch sollte der massiven Ungleichverteilung der Goldbestände, die die Verbindlichkeiten Großbritanniens und Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten mit sich gebracht hatten, Rechnung getragen werden. Im täglichen Leben der Menschen trat Gold den Rückzug an. Geld galt zwar als konvertibel, allerdings erst ab größeren Beträgen. Meist wurden seitens der Bankenlandschaft lediglich Barren mit einem Gewicht von 400 Unzen ausgegeben. Ein Bürger musste also zum damaligen Goldpreis – ausgedrückt in heutiger Kaufkraftparität – erst einmal 110.000 Dollar besitzen, um sie gegen Gold tauschen zu können. Für die meisten eine viel zu hohe Eintrittsbarriere in den Goldclub der Privatiers. Die Barren sollten sich fortan primär in den unterirdischen Gewölben der Zentralbanken finden, nicht mehr in den Haushalten.<sup>22</sup>

Großbritannien wagte unter Federführung des damaligen Schatzkanzlers Winston Churchill den Versuch, wieder zur Vorkriegsparität seiner Währung gegenüber Gold zurückzukehren. Bei einem Umtauschkurs, der mit mehr als 200 Jahren sehr betagt und der damaligen wirtschaftlichen Realität kaum angemessen war.<sup>23</sup> Ein – wenn auch zu Beginn prestigeträchtiger - Fehler, der Millionen britischer Arbeitsplätze vernichten und das Königreich in die Deflation führen sollte.<sup>24</sup> Die Belastung durch die geradezu antike Bürde war zu hoch, 1931 trennte sich Großbritannien gemeinsam mit anderen Nationen – darunter Japan<sup>25</sup> - vom Goldstandard, was den USA erhebliche Schwierigkeiten bereiten sollte. Deflation breitete sich mittels außenwirtschaftlicher Verflechtungen über den Globus hinweg aus. Protektionismus und Abwertungen gingen Hand in Hand. Eine in London zwei

---

<sup>22</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 97)

<sup>23</sup> vgl. (Lewis, 2008, S. 201)

<sup>24</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 103)

<sup>25</sup> vgl. (Lewis, 2008, S. 209)

Jahre nach Großbritanniens Ausbruch aus dem Goldsystem tagende Weltwirtschaftskonferenz sollte die teilnehmenden Staaten zum Abbau von Handelshindernissen und zur Rückkehr in den Goldstandard bewegen. Federführend waren hierbei die USA. Zur selben Zeit kündigte US-Präsident Franklin D. Roosevelt jedoch die nunmehr bevorstehende Abwertung des Dollars an und konterkarierte dadurch die offiziellen Bestrebungen.<sup>26</sup>

Der Dollar war durch die vergangenen Geschehnisse unter Druck geraten. Roosevelt dachte allerdings nicht daran, die Währung gegenüber dem Pfund oder dem Franc etwas nachgeben zu lassen – nicht direkt. Sein Ansatz war fundamentaler: Der Dollar sollte gegenüber der Basis Gold an Wert verlieren. Privaten sollte gleichzeitig Gold entzogen werden, das gegen Papiergeld zu tauschen wäre. Das daran gekoppelte politische Bekenntnis zu Inflation sollte die inländische Nachfrage anheizen und das Wirtschaftsgeschehen stimulieren.<sup>27</sup> Am 5. April 1933 wurden die Freiheitsrechte der amerikanischen Bürger unter monetären Aspekten erheblich eingeschränkt. Die Exekutivanordnung 6102 setzte dem privaten Goldbesitz – jenseits eines Wertes von 100 Dollar - ein schlagartiges Ende.

*„[Hiermit] erkläre ich, Franklin D. Roosevelt, als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, dass nach wie vor ein nationaler Notstand existiert, und ... verbiete das Horten von Goldmünzen, Goldbarren und Goldzertifikaten durch Personen, Gesellschaften, Vereinigungen und Firmen innerhalb der Vereinigten Staaten. ... Alle Personen unterliegen der Verpflichtung, am oder vor dem 1. Mai der Federal Reserve Bank ... oder einem Mitglied des Federal Reserve Systems alle Goldmünzen, Goldbarren und Goldzertifikate auszuhändigen, welche in ihrem Besitz sind. ... Wer vorsätzlich gegen diese Durchführungsverordnung oder gegen eine der in dieser Verordnung aufgeführten Regeln verstößt, kann mit einer Geldstrafe*

---

<sup>26</sup> vgl. (Lewis, 2008, S. 217)

<sup>27</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 107ff)

von bis zu 10.000 Dollar oder ... bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.“<sup>28</sup>

Fünfzehn Tage später wurde die Ausfuhr von Gold verboten und kurz darauf Minen angewiesen, ihr gefördertes Gold zu fixierten Preisen an die Vereinigten Staaten abzugeben.<sup>29</sup> Die fortgesetzten Abwertungen brachten wechselseitig scheinbare Gewinner und definitive Verlierer mit sich. Das *Dreimächteabkommen* aus dem Jahr 1936 sollte der Abwärtsspirale des Geldwertes ein Ende beschern. Der Finanzminister der Vereinigten Staaten, Henry Morgenthau, beschrieb die Bestrebungen seines Landes im Rahmen eines Kommuniqués „in der Förderung solcher Bedingungen, die den Frieden sichern und zur Wiederherstellung der Ordnung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen beitragen“<sup>30</sup>.

Doch die Vereinbarung sollte sich in der Praxis als geduldiges Papier erweisen, das ebenso viel Interpretationsspielraum zuließ, wie sich die Währungen der beteiligten Staaten nach wie vor vermehren ließen. Die Parität der Währungen sollte beibehalten werden, wenn die Binnenwirtschaft es erforderlich mache, waren jedoch Ausnahmen zulässig. Gleichzeitig wurde der transnationale Goldhandel - mit Staaten die auch zu dieser Öffnung bereit waren – wiederaufgenommen. Am längsten Bestand hatte der festgelegte Goldpreis von 35 US-Dollar je Unze. Diese Festlegung sollte bis ins Jahr 1971 stabil bleiben. Sich ausbreitende nationale Antagonismen, das hybride Wesen des Gold-Devisen-Standards und der nahende Zweite Weltkrieg sollten dem Abkommen den Erfolg verwehren. Nicht das Gold hat sein Versprechen der Werthaltigkeit gebrochen, sondern die Politik ihres der Stabilität an den Bürger.

---

<sup>28</sup> (Rickards, 2012, S. 108)

<sup>29</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 110)

<sup>30</sup> (Rickards, 2012, S. 113f)

## Kapitel V: Bretton Woods und das Smithsonian Agreement

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges begann unter federführender Beteiligung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Arbeit am zukünftigen weltweiten Währungssystem. Der Tagungsort der Konferenz, Bretton Woods, sollte dem im Entstehen begriffenen weltumspannenden Finanzsystem seinen Namen geben.

Der Wahlsieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Lyndon B. Johnson im Jahr 1964 sollte schließlich zum Anfang vom Ende des letzten großen Goldstandards werden. Seine *Kanonen-und-Butter-Politik*<sup>31</sup> bescherte ihm innerhalb der US-amerikanischen Bevölkerung große Popularität. Die Wirtschaft der Supermacht sollte jedoch ihre Grenzen im Zuge dieser Agenda nennenswert überschreiten. Der enorme Ressourcen verschlingende und opferreiche Krieg in Vietnam wurde weitergeführt. Doch Johnson begann zusätzlich zum Krieg gegen den kommunistischen Vietkong einen innerstaatlichen Krieg gegen die Armut in den USA. Ein Jahr nach dem Sieg des Präsidenten über seinen republikanischen Herausforderer gelang es den Demokraten, die Mehrheit im Kongress zu erringen. Lyndons Einfluss weitete sich aus, da er jetzt mit der Zustimmung zu seinen Vorhaben rechnen konnte. Das *Great-Society-Programm* begann umgesetzt zu werden, der Kampf gegen die Armut hatte begonnen. Obwohl es zunächst den Anschein hatte, als wären Kanonen und Butter gleichzeitig finanzierbar, begann die Inflation spürbar anzusteigen.

Vor dem einsetzenden Niedergang des Dollars geriet das britische Pfund in sichtbare und ernstzunehmende Turbulenzen. Mit Beginn der sechziger Jahre hatte sich die Zahlungsbilanz Großbritanniens erheblich zu verschlechtern begonnen. Gleichzeitig entwickelte sich ein Missverhältnis zwischen den über den Erdball hinweg gehaltenen und auf Pfund lautenden

---

<sup>31</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 119)

Währungsreserven und den Binnenreserven des Inselreiches. Am 18. November 1967 wurde das Pfund um 14,3 Prozent gegenüber dem Dollar abgewertet. Gravierende Risse im System von Bretton Woods waren offensichtlich geworden.<sup>32</sup>

Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle verkündete in einer vielbeachteten Rede Anfang 1965, dass der Dollar als Leitwährung ausgegliedert habe und wünschte sich die Rückkehr zu einem reinen Goldstandard. Dabei handle es sich um eine „*unanfechtbare Grundlage, welche nicht den Stempel irgendeiner speziellen Nation trägt. Im Grunde ist kein anderer Standard außer Gold denkbar.*“<sup>33</sup> Schon im Vorfeld dieser Äußerungen hatte Frankreich 150 Millionen Dollar gegen Gold eingetauscht, nach den flammenden Worten de Gaulles wiederholte sich dieser Vorgang. Das faschistisch geprägte Spanien folgte diesem Beispiel und konvertierte 60 Millionen in Gold. In dieser Konstruktion spielte Westdeutschland plötzlich eine bedeutende Rolle. Es hatte infolge von Exportüberschüssen die zweitgrößten Goldreserven der Welt angesammelt, die nur noch vom Mutterland des Dollars in den Schatten gestellt wurden. Der berüchtigte Brief des damaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Karl Blessing, sicherte dem Dollar das Überleben. Hätte auch die Bundesrepublik auf Konvertierung bestanden, wäre dem währungspolitischen Konstrukt der USA schwerer Schaden entstanden. Doch Frankreich hatte nicht nur erhebliche Goldbestände abgezogen, es verabschiedete sich auch aus dem Goldpool, der die Aufgabe hatte durch Interventionen, den auf 35 US-Dollar festgesetzten Preis pro Feinunze auf dem Markt stabil zu halten. Im März 1968 begannen sich die Abflüsse aus dem Pool drastisch zu steigern. Schließlich sah man sich Mitte des Monats gezwungen, den Goldmarkt in London – bis heute einer der bedeutendsten Handelsplätze - zu schließen.

---

<sup>32</sup> vgl. (Rickards, 2012, S. 122)

<sup>33</sup> (Rickards, 2012, S. 123)

Der Kongress kappte die Sicherung der Währung durch Goldbestände. Dennoch waren die magischen 35 Dollar pro Unze nicht mehr dauerhaft umfassend zu halten. Immer mehr Papiergeld stand der wesentlich langsamer wachsenden Goldmenge gegenüber. Eigens durch den Internationalen Währungsfonds geschaffene Sonderziehungsrechte – als *Papiergold* bezeichnet – sollten den scheinbaren Goldmangel beheben. Die Erosion des Goldstandards schritt voran. Die 35-Dollar-Marke war trotz aller Verwerfungen dank eines speziellen Systems zumindest für Notenbanken noch gültig. Doch Präsident Richard Nixon erklärte am 15. August 1971 die Goldkonvertibilität des Dollars für beendet. Er sah den Dollar argumentativ in Geiselhaft „*internationaler Spekulanten*“<sup>34</sup> und stilisierte die einseitige US-amerikanische Maßnahme zu einem Akt der Vaterlandsliebe. Wiederrum musste die Goldbindung weichen, weil die Politik über ihre Verhältnisse regiert hatte. An die Stelle von Bretton Woods und des Goldstandards trat das *Smithsonian Agreement*, das die US-amerikanische Politik von goldenen „Fesseln“ und Verpflichtungen befreien sollte.<sup>35</sup>

## **Kapitel VI: 2008 – Anfang vom Ende der Papierwährungen?**

Der Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2008 erschütterte die globalen Finanzmärkte. Das vom Politikwissenschaftler und Berater Francis Fukuyama in Zusammenhang mit dem Fall der Berliner Mauer beschworene *Ende der Geschichte* scheint nicht eingetreten zu sein. Deregulierte und globalisierte Märkte können erhebliche Risiken bergen. Das Platzen der Immobilienblase und der Beinahe-Zusammenbruch des westlichen Bankensystems offenbaren fundamentale Schwachstellen des Marktradikalismus.

---

<sup>34</sup> (Rickards, 2012, S. 129)

<sup>35</sup> (Lewis, 2008, S. 241)

Die Finanzkrise entwickelte sich zu einer Wirtschaftskrise, die schließlich ganze Staaten ins Wanken bringen sollte. Milliarden schwere Bankenrettungspakete wurden über den Globus hinweg verabschiedet, um die Finanzmärkte zu stützen. Die Krise des Jahres 1929 mit ihren schrecklichen Folgen sollte sich nicht wiederholen, zeigte sich die Politik entschlossen.

In mehrerlei Hinsicht stellten die Bankenrettungen gravierende Zäsuren dar. Die mittel- und westeuropäischen Wirtschaften verließen den seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Unterbrechungen andauernden ökonomischen Wachstumspfad. Mehrere Mitgliedsstaaten schlitterten nachhaltig in die Rezession, die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Maastricht-Kriterien rückte plötzlich in weite Ferne. Wie tragfähig sind die Fundamente unseres Wohlstandes und werden zukünftige Generationen ein ebenso unbeschwertes Leben haben wie die bisherigen? Eine Antwort auf diese Frage schien plötzlich unterschiedlich ausfallen zu können. Der soziale Friede innerhalb des Kontinents wich insbesondere in südlich gelegenen Staaten der Fragilität. In Griechenland gelang es links- wie rechtsextremen Parteien, sich im Parlament zu etablieren. Der gesellschaftliche Grundkonsens begann sich zu relativieren. Im Jänner 2012 waren 50,8 Prozent der fünfzehn- bis vierundzwanzigjährigen Griechen ohne geregelte Arbeit. Damit verdoppelte sich deren Anzahl in nur drei Jahren. Insgesamt waren 21,8 Prozent aller Griechen von Arbeitslosigkeit betroffen.<sup>36</sup> Bis zum September 2013 schnellte die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit gar auf 58 Prozent nach oben.<sup>37</sup>

Im ungleich größeren Spanien gestaltet sich die Situation im Bereich der Beschäftigung nicht weniger drastisch. Die Arbeitslosenrate unter Jugendlichen liegt bzw. lag über dem hellenischen Niveau. Spaniens Regierung

---

<sup>36</sup> vgl. (cla/dpa/Reuters, [spiegel.de](http://spiegel.de), 2012)

<sup>37</sup> vgl. (Eurostat, 2013)

ersuchte um Hilfe und begab sich unter den Eurorettungsschirm EFSF.<sup>38</sup> Die Reaktionen darauf fielen unterschiedlich aus. Schließlich handelte es sich bei dem iberischen Königreich um die erste große Volkswirtschaft des Euroraumes, die nicht mehr in der Lage war, sich über die Märkte zu finanzieren. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, forderte schon vorab im Gegenzug für Hilfsmaßnahmen Reformen seitens der spanischen Regierung ein.<sup>39</sup> Die Märkte reagierten auf die Stützung beruhigt. Doch es offenbarte sich, dass nicht nur kleine Volkswirtschaften wie Griechenland und Irland am Rande des Euroraumes einer teilweise ungewissen Zukunft entgegen gehen, sondern auch wirtschaftlich wesentlich bedeutendere Mitglieder wie Spanien. Auch vor Österreich macht die Krise nicht halt. Die Regierung hat nicht nur mit sinkendem Zuspruch auf Seiten der Bevölkerung zu kämpfen, sondern zusätzlich mit rapide ansteigender Staatsverschuldung. Der besonders expansionsfreudige heimische Bankensektor und die mit dem Geschäftsfeld Osteuropa einhergehenden Risiken sorgten zusammen mit der anhaltenden Krise in Europa für ein bis dahin undenkbares Ereignis. Die Ratingagentur *Standard & Poor's* entzog der Republik Mitte Jänner 2012 das Triple-A, also die höchste Bonitätsstufe.<sup>40</sup> Damit begann sich der Wert österreichischer Staatsanleihen kurzfristig etwas zu relativieren und gleichzeitig erhielt die Gemeinschaftswährung dadurch den nächsten Stoß. Selbst der frühere D-Mark-Block – als industriell leistungsfähigster Kern des Euro – wurde von Analysten nicht mehr uneingeschränkt als Hort der Solidität und Stabilität eingeschätzt. Österreichs Bundesregierung hatte eine rote Linie überschritten. Das Vertrauen der Menschen in die Versprechungen der Regierung litt erheblichen Schaden und reale Werte gewannen an Attraktivität.

---

<sup>38</sup> vgl. (EurActiv/rtr/mka, 2012)

<sup>39</sup> vgl. (otr/Reuters/dpa/dapd, 2012)

<sup>40</sup> vgl. (sos/Reuters/APA, 2012)

Rund zwei Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, in einem Umfeld, das immer noch weitgehend von Turbulenzen und Instabilität gekennzeichnet war, meldete sich der damalige Weltbankpräsident Robert Zoellick zu Wort. Er malte in der *Financial Times* das Bild eines neuen weltumspannenden Währungssystems, das er als „*Bretton Woods II*“ bezeichnete. Daran würden aller Wahrscheinlichkeit nach der US-Dollar, der Euro, der japanische Yen, das britische Pfund sowie der chinesische Renminbi beteiligt sein. Für Aufsehen und mediale Resonanz sorgte die Forderung, wonach auch Gold in diesen neuen Weltwährungskorb eingebunden sein solle.<sup>41</sup> Der Goldpreis solle demnach als Referenzwert herangezogen werden, um die Markterwartungen für Inflation, Deflation und Wechselkurse abbilden und einschätzen zu können.<sup>42</sup> Gold hätte folglich auch – und vielleicht gerade - in einem modernen Finanzsystem einen zentralen Stellenwert, der über rein buchhalterische Aspekte und die Bilanzen von Notenbanken hinausreicht.

---

<sup>41</sup> vgl. (Beattie, 2010)

<sup>42</sup> vgl. (yes/Reuters, 2010)

## Teil III: Gold und die Politik

### Kapitel VII: Karl Blessing und das deutsche Gold

Nach den Vereinigten Staaten ist Deutschland der größte Goldeigentümer des Globus. Die Deutsche Bundesbank hält insgesamt 3.387<sup>43</sup> Tonnen des Metalls. Doch von diesen Reserven befindet sich nur ein verhältnismäßig kleiner Teil innerhalb der Bundesrepublik. Lediglich weniger als ein Drittel der Barren wurden bisher in den Tresorräumen der Bundesbank in Frankfurt am Main untergebracht. 45 Prozent liegen in Räumen der US-amerikanischen Notenbank Federal Reserve in New York, jede achte Unze befindet sich bei der Bank of England und der Rest bei der Banque de France in Paris. Diese Verteilung sorgte über lange Zeit hinweg für Spekulationen. Existiert das Gold der Bundesbank und warum lagert es nicht in seiner Gesamtheit im Inland? Doch die Politik schien sich über lange Zeit hindurch dieser Frage nicht mehrheitlich annehmen zu wollen.

Am 16. Jänner 2013 präsentierte die Bundesbank ihr neues Lagerstellenkonzept. „Die beiden wichtigsten Funktionen der Goldreserven sind die Vertrauensbildung im Inland und die Möglichkeit, binnen kürzester Zeit Gold an Goldhandelsplätzen im Ausland in Fremdwährungen umtauschen zu können“, schilderte Vorstandsmitglied Car-Ludwig Thiele gegenüber Journalisten die Maximen der Bank. Bis zum Jahr 2020 solle die Verteilung der Goldreserven eine andere sein. Die Hälfte der Bestände solle in Deutschland gelagert werden und die übrigen 50 Prozent an ausländischen Goldhandelsplätzen. 300 Tonnen Gold sollen aus New York nach Frankfurt und weitere 374 Tonnen von Paris nach Frankfurt überstellt werden. Damit wird der französische Handelsplatz völlig von deutschem Gold geräumt.<sup>44</sup> „Wir haben keinerlei Zweifel an der Integrität und Zuverlässigkeit unserer

---

<sup>43</sup> vgl. (Junker, 2013)

<sup>44</sup> vgl. (Deutsche Bundesbank, 2013)

*Partner*“<sup>45</sup>, versuchte Thiele bestehende Zweifel über die tatsächliche Verfügbarkeit des deutschen Goldschatzes aus dem Weg zu räumen. Er habe persönlich im Vorjahr die ausländischen Lagerstätten des Bundesbankgoldes besichtigt und verkündete: „*Ich habe wie erwartet alles so vorgefunden, wie es sein soll.*“<sup>46</sup>

Dem vorangegangen war ein Skandal von innen- wie außenpolitischer Tragweite. Es wurde bekannt, dass ein Versuch die in New York gelagerten Goldbestände zu besichtigen, gescheitert war.<sup>47</sup> Das alarmierte den Rechnungshof. Schließlich müsste eine physische Bestandsaufnahme periodisch im Abstand dreier Jahre erfolgen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Mißfelder war im März 2012 in den Vereinigten Staaten aufhältig und wollte die Barren aus gegebenem Anlass besichtigen, begleitet von seinem Parteikollegen Marco Wanderwitz. Schwierigkeiten bereitete ihm dabei nicht nur die Federal Reserve Bank, sondern auch ihr bundesrepublikanisches Pendant. Von Bundesbankpräsident Jens Weidmann forderte er eine Liste mit den Nummern der Goldbarren an. Doch Weidmann schien kein Interesse an einer Überprüfung der Bestände zu haben. „*Ich war schockiert. Erst hieß es, es gebe keine Liste. Dann gab es doch Listen, die geheim seien. Dann sagte man mir, Nachfragen gefährden das Vertrauen zwischen Bundesbank und Fed*“<sup>48</sup>, skizziert Mißfelder die Situation gegenüber der Tageszeitung *Bild*. Der Kommunikationschef der Notenbank ersuchte um Verständnis dafür, das Vorhaben des Abgeordneten nicht zu unterstützen. Das hielt Mißfelder allerdings nicht davon ab, den Lagerort der Goldreserven in der Liberty Street Nummer 33 in der Downtown Manhattans zu besuchen. Wo das deutsche Gold in dem riesigen unterirdischen

---

<sup>45</sup> (Deutsche Bundesbank, 2013)

<sup>46</sup> (Deutsche Bundesbank, 2013)

<sup>47</sup> (Iei, 2012)

<sup>48</sup> (Schuler, 2012)

Komplex lagere, wurde seitens der Fed nicht beantwortet. Auch eine physische Bestandsaufnahme wurde abgelehnt.<sup>49</sup>

Daraufhin ersuchten die beiden die Bank of England und die Banque de France darum, die dort jeweils gelagerten Goldbestände Deutschlands besichtigen zu dürfen – und wurden abermals zurückgewiesen. Rund um Jens Weidmann spitzte sich die Lage in diesem Zusammenhang zu. Er wandte sich schriftlich an Mißfelder und teilte diesem mit, dass es nicht möglich sei, die in Paris gelagerten Barren vor Ort in Augenschein zu nehmen. Es seien keine geeigneten Räumlichkeiten für Besucher vorhanden. Doch der Chef der Notenbank, Christian Noyer, hatte im September 2012 Medienberichten zufolge mitgeteilt: *„Seien Sie versichert, dass es unter uns sehr gut bewacht ist. ... Unsere Kunden können sich das ansehen, wann immer sie wollen.“*<sup>50</sup> Die Bundesbank erklärte, dass sich die Einladung Noyers lediglich auf Institutionen, jedoch nicht auf einzelne Abgeordnete beziehen würde.<sup>51</sup>

Auch der bekannte CSU-Abgeordnete Dr. Peter Gauweiler meldete sich zu Wort. Er kritisierte seit längerer Zeit den Umgang mit den staatlichen Goldbeständen. Der betont hartnäckige Bayer beschäftigte Bundestag und Regierung mit Anfragen zu diesem Thema, das mit jeder Enthüllung immer weiter an Brisanz zu gewinnen schien. In einem Gastbeitrag in der *Süddeutschen Zeitung* mit dem Titel: *„Wo ist das Gold der Deutschen?“*, ging er hart mit der Bundesbank ins Gericht. Die Buchführung der angesehenen Notenbank sei *„nicht ordnungsgemäß“*. Informationen der Bundesregierung zufolge haben Mitarbeiter am 11. Juni 2007 zum letzten Mal die Räume der Fed *„betreten und besichtigt“*. *„Also wird nicht geprüft, ob die bei der externen Verwahrstelle im Jahr 2007 gezeigten Barren tatsächlich*

---

<sup>49</sup> vgl. (Schuler, 2012)

<sup>50</sup> (Daniel Eckert, 2012)

<sup>51</sup> (it/Reuters/dpa, 2012)

die nummerierten ‚Bundesbank-Barren‘ sind, und damit werden naheliegende Fragen hinsichtlich der Identität und Qualität offengelassen“<sup>52</sup>, wies Gauweiler in seinem Kommentar auf Versäumnisse hin. Zur Untermauerung dieses Angriffes führt der bayrische Abgeordnete im Handelsgesetzbuch verankerte Grundsätze und von Wirtschaftsprüfern aufgestellten Standards in Feld. Ausgerechnet die sehr auf ihren Ruf bedachte und entsprechend renommierte Bundesbank habe sich demnach durch die insgesamt mangelhafte Goldverwahrung im Ausland über Jahre hinweg Verstöße gegen die ordnungsgemäße Buchführung erlaubt. Die Kritik Gauweilers gestaltete sich entsprechend substantiell. Auch spätere Rechtfertigungsversuche sollten diese Argumente nicht entkräften können:

*„Darüber hinaus ist sie ein nicht erklärbares Identifikations- und Qualitätsrisiko eingegangen. Das mit einer Goldverwahrung im Ausland (in diesem Umfang) für die deutsche Währungsreserve eingegangene Logistik-, Transfer- und Herausgeberisiko ist mit diesen Hinweisen noch gar nicht erfasst. Dazu kommt die unsaubere Vermischung von Gold und Goldforderungen. Die Deutsche Bundesbank ist nicht autonom, sondern steht unter dem Gesetz. Wie schon bei den verschleierte Target-2-Krediten hat der seit einem Jahr amtierende Bundesbankpräsident Weidmann auch in Sachen Gold einige Arbeit vor sich - wenn er wieder gesetzliche Zustände herstellen will.“<sup>53</sup>*

Unterdessen sorgten die Erkenntnisse des Bundesrechnungshofs für weiteren Zündstoff. Die Bundesbank drohte nicht mehr aus den Schlagzeilen zu geraten. Für die Existenz der im Ausland befindlichen deutschen Goldreserven fehlten demnach alle Beweise. Es sei noch kein einziges Mal besichtigt worden. Die Bundesbank verlasse sich offenbar auf schriftliche Bestätigungen über die Existenz, die von den verwahrenden Stellen ausgehändigt

---

<sup>52</sup> (Gauweiler, 2012)

<sup>53</sup> (Gauweiler, 2012)

werden. Die angeregten stichprobenartigen Kontrollen lehnte die deutsche Währungshüterin ab und verwies auf die geltende Rechtslage. Demnach sei eine Kontrolle gar nicht möglich und ebenso wenig erforderlich. Der Rechnungshof empfahl darauf, eine derartige Rechtsbasis gemeinsam mit den ausländischen Institutionen zu erarbeiten und ein Lagerstellenkonzept zu verfassen.<sup>54</sup> Regelmäßige Kontrollen und eine eingehende Bestandsaufnahme wurden eingefordert.<sup>55</sup> Die Bundesbank war immer weiter in die Defensive geraten und zog sich auf folgenden Standpunkt zurück, den die Institution – die es nicht gewöhnt war, im Rampenlicht zu stehen – via Pressenotiz am 23. Oktober 2012 unter dem Titel „*Erklärung der Deutschen Bundesbank zur Bilanzierung der Goldreserven*“ öffentlich mitteilte:

„Die Deutsche Bundesbank hält und verwaltet die nationalen Währungsreserven der Bundesrepublik Deutschland mit größter Sorgfalt. Zu den Währungsreserven zählen 3.396 Tonnen Gold zum Bilanzstichtag 31.12.2011. Für die Lagerung dieser Goldbestände ist deren Charakter als Währungsreserve maßgeblich und es gelten höchste Sicherheitsanforderungen.

Teile ihrer Goldreserven lässt die Bundesbank seit Jahrzehnten bei Notenbanken im westlichen Ausland lagern: bei der Federal Reserve Bank of New York, der Bank of England und der Banque de France. Von diesen Notenbanken erhält die Deutsche Bundesbank jährlich Bestandsbestätigungen an Feinunzen Gold als Grundlage für die Bilanzierung. An der Integrität, Reputation und Sicherheit dieser ausländischen Lagerstellen gibt es keinen Zweifel. Das Eigentum an den Barren bleibt durch die Verwahrung bei den Partnernotenbanken unberührt und begründet ein insolvenzsicheres Recht. Darüber hinaus genießt die Bundesbank als Notenbank einen besonderen Immunitätsschutz und damit auch Schutz vor Vollstreckungsmaßnahmen. Eine Vermischung mit den Beständen Dritter ist ausgeschlossen.

---

<sup>54</sup> vgl. (it/Reuters/dpa, 2012)

<sup>55</sup> vgl. (Agenturmaterial, 2012)

Bezüglich des Umfangs der körperlichen Bestandsaufnahme der im Ausland gelagerten Goldreserven zu Bilanzierungszwecken vertreten Bundesrechnungshof und Bundesbank unterschiedliche Auffassungen. Dazu erklärt die Bundesbank: Zum einen entspricht der vom Bundesrechnungshof gewünschte Prüfumfang nicht den Usancen zwischen Notenbanken. Zum anderen entsprechen die seit vielen Jahren angewandte Buchinventur und die ergänzenden Bestätigungen der Verwahrstellen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Mit den vorliegenden Unterlagen und den angewendeten Verfahren ist der Nachweis über die ausgelagerten Goldbestände vollständig und seit Jahrzehnten nachvollziehbar erbracht. Die Vorgehensweise wurde durch alle bisherigen Jahresabschlussprüfer bestätigt, die ausnahmslos ein uneingeschränktes Testat erteilt haben, das jedes Jahr im Geschäftsbericht der Bundesbank veröffentlicht wird. Auch der Bundesrechnungshof, der den Jahresabschluss seit 2002 prüft, hat die Bilanzierung der Bundesbank bisher nie beanstandet. Das unabhängige Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) hat ausdrücklich bestätigt, dass das von der Bundesbank für die Goldbestände gewählte Inventurverfahren rechtskonform ist. Bei bedeutenden Bilanzpositionen sind über die Buchinventur hinausgehende Prüfungshandlungen möglich. Hierbei sind jedoch auch die Integrität und die Unabhängigkeit des Verwahrers zu berücksichtigen. Dass es sich bei den Verwahrstellen der Bundesbank um Adressen von allerhöchster Reputation und Bonität handelt, steht außer Zweifel. Zu Prüfungshandlungen, die über die Buchinventur hinausgehen, ist mit den Partner-Notenbanken der Bundesbank Stillschweigen vereinbart worden.

Ungeachtet der bestehenden Rechtsauffassung wird die Bundesbank Anregungen des Bundesrechnungshofs, soweit es möglich ist, aufgreifen. Maßgeblich für Entscheidungen über die Lagerung der Goldbestände bleibt jedoch deren Charakter als Währungsreserve. Wie bereits in der Vergangenheit wird die Bundesbank auch künftig Teile der Goldbestände aufarbeiten und überprüfen lassen. Damit können auch partielle Verlagerungen verbunden sein. Damit die Goldbestände ihre Funktion als Währungsreser-

ven erfüllen können, müssten sie im Bedarfsfall ohne logistische Einschränkungen in gängige Reservewährung eingetauscht werden können. Dies ist der Grund für die Lagerung von Teilen der Goldreserven bei Partner-Notenbanken im Ausland.“<sup>56</sup>

Mit diesen weitgehend technokratisch gehaltenen Ausführungen gelang es der Bundesbank nicht, das Heft des Handelns wieder an sich zu reißen. Philipp Mißfelder beharrte auf seinen Forderungen: „*Die Bundesbank muss sich an das Bilanzrecht halten. Entweder regelmäßig kontrollieren oder das Gold zurückholen.*“<sup>57</sup> Unterstützt wurde er dabei von dem FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein, der noch einen Schritt weiter ging: „*Das ganze Gold muss zurück. Gerade in der Krise brauchen wir Sicherheit über unsere Gold-Reserven.*“<sup>58</sup>

Doch wie gelangten die unzähligen Tonnen Gold nach Übersee? Um zu erfahren, weshalb diese Reserven kaum im eigenen Land gelagert wurden, muss der historische Hintergrund im Deutschland der Nachkriegszeit ausgeleuchtet werden. Die Deutsche Bundesbank wurde im Jahr 1957 – als Nachfolgerin der während der Besatzungszeit geschaffenen *Bank deutscher Länder* – gegründet,<sup>59</sup> die schon ab 1951 staatliche Goldreserven gebildet hatte.<sup>60</sup> Unter der „Regentschaft“ Karl Blessings wurde ein Großteil der Goldbestände angehäuft. Der heutige Bankmanager und frühere Deutschland-Korrespondent der *Financial Times*, David Marsh, beschreibt den Ursprung der ausländischen Lagerung des deutschen Goldes in seinem Anfang der Neunziger Jahre erschienen Buch *Die Bundesbank – Geschäfte mit der Macht* und verdeutlicht die Gründe der heutigen Problemstellungen:

---

<sup>56</sup> (Bundesbank, Deutsche, 2013)

<sup>57</sup> (ps, 2012)

<sup>58</sup> (ps, 2012)

<sup>59</sup> vgl. (Marsh, 1992, S. 28)

<sup>60</sup> (Bundesbank, Deutsche, 2013)

*„Im Zusammenhang mit dem Funktionieren der Europäischen Zahlungsunion und des Londoner Goldpools in den fünfziger und sechziger Jahren erwarb die Bundesbank dieses Vermögen im Ausland durch Transaktionen mit anderen Notenbanken; die Goldreserve, in den Geschäftsbüchern der Bundesbank deutlich unter ihrem Marktwert veranschlagt, ist seit Mitte der sechziger Jahre praktisch unverändert geblieben. Die Goldbarren wurden nie nach Deutschland gebracht. Während des Kalten Krieges war man bei der Bundesbank überzeugt, das Gold sei im Ausland sicherer als in Frankfurt, einer Stadt, die von den hinter der stark befestigten deutsch-deutschen Grenze stationierten russischen Panzern innerhalb weniger Stunden erreicht werden konnte. Nach der Wiedervereinigung könnte die Bundesbank jetzt mit gutem Grund darauf pochen, zumindest einen Teil des Goldes nach Frankfurt zu holen, doch im Interesse guter Beziehungen zur internationalen Finanzwelt werden die großen Mengen Goldbarren wahrscheinlich bleiben, wo sie sind.“<sup>61</sup>*

Die Ausführungen des Mitgliedes des Bundesbankvorstandes Carl-Ludwig Thiele decken sich mit diesen Angaben und liefern zusätzlich ebenso interessante wie relevante Details: Ihren Höchststand erreichten die deutschen Goldbestände im Jahr 1968 mit 4.033,91 Tonnen. Im Lauf der Siebziger stellten sich die Bestände demnach bei 3.700 Tonnen ein. Die Gründung des Europäischen Wechselkurssystems bedeutete zunächst einen erheblichen mengenmäßigen Einschnitt. Im Jahr 1979 wurden 740 Tonnen Goldbarren in den *Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit* eingebracht, der diese Ende 1998 wieder zurückerstattete. Im Gegenzug wurden Forderungen in der Verrechnungswährung Ecu ausgegeben. 232 Tonnen – fast so viel Gold wie etwa Österreichs Notenbank besitzt – wurde im Zuge der Schaffung der Währungsunion an die Europäische Zentralbank abgegeben.

---

<sup>61</sup> (Marsh, 1992, S. 83)

Erhalten hat die Bundesbank – so wie Österreich – dafür eine entsprechende Forderung in Euro.<sup>62</sup>

Bis heute hat sich am von Marsh gezeichneten Bild manches wohl zum Nachteil Deutschlands verändert. Die Grundsätze scheinen über die Jahrzehnte allerdings dieselben geblieben zu sein. Auch im in der Verwirklichung begriffenen Lagerstellenkonzept wird der Standort USA eine tragende Rolle spielen. Die Bundesbank versucht diesen Eindruck zwar zu vermeiden, doch um welche Anomalie es sich dabei handelt, umreißt Marsh aus der Perspektive der damaligen Zeit:

*„Fünfzig Meter unterhalb dieses Raumes liegen in unterirdischen Stahlkammern große Mengen von Banknoten, aber nur sehr wenig Gold. Dank der westdeutschen Exportüberschüsse konnte die Bundesbank in den fünfziger und sechziger Jahren, als Gold mit 35 und 42 Dollar pro Unze noch billig zu haben war, einen der weltweit größten Goldvorräte anlegen – 3701 Tonnen oder knapp 300 000 Barren a 12,5 kg mit einem Marktwert von heute rund 60 Milliarden D-Mark. Unter den führenden Zentralbanken mit Goldbesitz ist die Bundesbank die einzige, die nur einen kleinen Teil ihrer Goldbarren auf eigenem Gelände aufbewahrt. In den Tresorräumen in Frankfurt liegen nur etwa achtzig Tonnen, das heißt knapp über zwei Prozent des Gesamtgoldes. Der Rest ist auf Tresore anderer Zentralbanken, der Federal Reserve Bank in New York, der Bank of England und zu einem kleinen Teil auch der Banque de France verteilt.“<sup>63</sup>*

Die Hintergründe klärte der deutsche Journalist Leo Brawand, der im Jahr 1971 – kurz vor dessen Tod - das letzte große Interview mit Karl Blessing führte. Als im Interview die Rolle des US-Dollars als Weltwährung teils kritisch beleuchtet wurde, wies Brawand auf Blessings eigenes Handeln hin: *„Ja, sicher, und ist es nicht so, dass wir - beispielsweise auch Sie in*

---

<sup>62</sup> (Bundesbank, Deutsche, 2013)

<sup>63</sup> (Marsh, 1992, S. 82f)

*Ihrer Amtszeit und die Bundesbank heute noch - durch die Aufnahme von amerikanischen Schatzpapieren, durch das Halten großer Dollarbestände und das Nichteinwechseln der Dollar in Gold den Amerikanern erhebliche Schützenhilfe leisten ...“*

Woraufhin Blessing den Journalisten unterbrach und anmerkte: „... und geleistet haben. Ich erkläre Ihnen heute, dass ich mich selber persönlich schuldig fühle auf dem Gebiet. Ich hätte damals rigorosser sein müssen gegenüber Amerika. Die Dollar, die bei uns anfielen, die hätte man einfach rigoros in Gold umtauschen müssen.“

Dieses Eingeständnis eines der einst mächtigsten Notenbanker des Erdballs erscheint bereits spektakulär, Details rund um den bis dahin geheimnisumwobenen *Blessing-Brief* gaben zusätzlich tiefen Einblick in das realpolitische Machtgefüge der damaligen Zeit.

Brawand: „Durch das Stillhalten der Notenbanken sind die Amerikaner mit ihrem Dollar nie unter Bewährungszwang gekommen?“

Blessing: „Nein, sie sind mit ihrer Währungspolitik nie unter Bewährungszwang geraten. Sie haben uns immer versprochen: Na, im nächsten Jahr wird das anders, im übernächsten Jahr kriegen wir den Etat und alles in Ordnung, wir sind stark. Sie sind auch stark als Wirtschaftsnation. Aber sie haben es nie gebracht, es kam immer was anderes. Da kam der Vietnamkrieg, dann kam der Präsident Johnson mit seiner Finanzpolitik, mit einem 25-Milliarden-Dollar-Budgetdefizit damals in einem Jahr. All das waren die Gründe für die Inflation. Ich habe zu meinen amerikanischen Kollegen oft gesagt: Es geht ja immer weiter bei euch. Dann kam die Geschichte mit den Truppen.“

Brawand: „Sie meinen die Drohung der Amerikaner: Wenn ihr den Dollar nicht auf diese Weise stützt, ziehen wir die Truppen aus der Bundesrepublik zurück?“

Blessing: „Es war nie eine ausgesprochene Drohung, aber die Drohung war immer im Hintergrund da. Der frühere Hochkommissar McCloy war ein-

mal bei der deutschen Regierung und sagte: Hören Sie mal, wir haben jetzt eine Senatsentscheidung gehabt; da kommt demnächst eine Mehrheit, dass wir unsere Boys zurückziehen. Wir müssen was tun. Da hat er mich an einem Sonntagnachmittag um halb vier zu Hause angerufen und gesagt: ‚Ich muss heute Abend zurückfliegen, können wir uns nicht noch sehen?‘ Und ich habe ihm gesagt: ‚Mein lieber McCloy, Ihre Situation ist klar, das ist ein Zahlungsbilanzproblem bei Ihnen, nichts weiter. Sie haben gesehen, dass wir vernünftig sind und nicht unsere Dollar in Gold konvertieren. Ich bin bereit, Ihnen das sogar schriftlich zu geben für eine gewisse Zeit.‘ Der Brief gilt leider heute noch, den ich damals geschrieben habe.“<sup>64</sup>

Als Frankreich unter Federführung Charles de Gaulles seine Papierdollars in Gold umtauschte und den Staatsschatz auf französisches Territorium transferieren ließ, tat die Bundesbank nichts dergleichen. In diesem Zusammenhang soll auf amerikanischer Seite das Wortspiel „*What a blessing we have a Blessing*“ entstanden sein. „*Was für ein Segen, dass wir einen Blessing haben.*“<sup>65</sup>

## **Kapitel VIII: Goldverkäufe bewegen die Schweiz**

Die Schweiz gilt als politischer Inselstaat innerhalb Europas. Mit Engagement innerhalb internationaler Organisationen gehen die Eidgenossen verhältnismäßig sparsam um. Mit der Europäischen Union arbeitet man zusammen, doch eine Mitgliedschaft steht nicht zur Debatte. Zahlen geben den alpenländischen Isolationisten Recht. Kaum ein Land in Europa hat eine derart hohe Lebensqualität zu bieten. Der Schweizer Franken genießt - anders als der Euro - den Ruf der Stabilität - währungspolitische Schweizer Qualitätsarbeit. Die umfangreichen Goldreserven der Schweizerischen Na-

---

<sup>64</sup> (Brawand, 1971)

<sup>65</sup> (Marsh, 1992, S. 75)

tionalbank - kurz SNB - verleihen dem Franken zusätzlichen Glanz. 1.050 Tonnen Gold sind ein schlagkräftigeres Argument für die Stabilität einer Währung als die unzähligen Eurorettungsgipfel der jüngeren Vergangenheit.

Die mehr als tausend Tonnen Gold stellen im internationalen Vergleich einen hohen Wert dar. Die Schweiz rangiert trotz seiner um ein Vielfaches geringeren Bevölkerungszahl hinter den Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich, Italien und der Volksrepublik China auf dem sechsten Platz der Länder mit den größten Goldreserven.<sup>66</sup> Dennoch erregt Gold die Gemüter der Bevölkerung: Bis zum Jahr 2001 lagen die Reserven noch bei 2.600 Tonnen, was der Schweiz heute den dritten Rang unter den Goldeignern der Welt bescheren würde. Doch in einer ersten Tranche wurde innerhalb von fünf Jahren bis 2006 die Hälfte der Bestände abgestoßen. Pro Tag wurde damals durchschnittlich eine Tonne Gold auf den Märkten platziert. Volksvermögen sei zu Tiefstpreisen verkauft worden, kritisiert die Volksinitiative *Rettet unser Schweizer Gold*. Doch der Goldberg sollte – ähnlich einem Gletscher – weiter abschmelzen. Nach dieser glücklosen Verkaufsaktion wurden weitere 250 Tonnen auf die Märkte geworfen.

Warum verabschiedeten sich dieses sonst so selbstbewusste und auf Eigenständigkeit bedachte Volk in der Causa Gold vom Schweizer Weg? Grund dafür war internationaler Druck, erklärt die von den Parlamentariern Lukas Reimann, Luzi Stamm und ihrem früheren Kollegen Ulrich Schlüer getragene Volksinitiative. Die Schweiz wurde 1992 Mitglied des Internationalen Währungsfonds. Die unmittelbare Folge war, dass die Goldbestände der eidgenössischen Notenbank massiv reduziert werden mussten. Die hohe Deckung des Frankens in Edelmetall war nicht IWF-konform.<sup>67</sup> Dem vorangegangen war die Aufhebung der Goldbindung der Währung. Einfluss-

---

<sup>66</sup> vgl. (IMF, 2013)

<sup>67</sup> vgl. (cr, 2013)

reiche Medien versuchten die Bevölkerung zu beruhigen. So titelten Schweizer Medien: „*Goldsegen der Nationalbank schon im Mai*“<sup>68</sup>. Der Erlös aus der Veräußerung von 1.300 Tonnen Gold betrug 21 Milliarden Franken. Das Geld floss zu zwei Dritteln an die Kantone. Eine Entscheidung, die sowohl seitens der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei, als auch von den Sozialdemokraten scharf kritisiert wurde. Die Sozialdemokraten bewerteten die Ausschüttung ohne vorhergehenden Volksentscheid als „*skandalöse Hauruckübung*“<sup>69</sup>. Die SVP forderte, die Gewinne wenigstens dem Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zuzuweisen.<sup>70</sup>

Im Newsletter der Goldinitiative vom 17. Oktober 2013 wies Luzi Stamm auf bedenkliche Hintergründe und die Propagandakampagne im Umfeld der damaligen Goldverkäufe hin: „*Goldsegen? Die Nationalbank hatte dafür kein einziges Gramm zusätzliches Gold erhalten! Sie hatte ihr Gold nur neu bewertet: Vom bisher gesetzlich fix vorgeschriebenen Umrechnungswert von Fr.4595.74 pro Kilogramm wurde das Gold in den Nationalbank-Büchern auf den damaligen Marktpreis hinaufkorrigiert, der in jenem Moment Fr. 15391.00 pro Kilogramm betrug. Indem das Gold – man denkt an einen ‚Buchhaltertrick‘ – von einem Tag auf den andern zu viel höherem Preis eingebucht wurde, wurde schlagartig angeblich ‚nicht mehr benötigtes, überschüssiges Gold‘ geschaffen, womit die Verkäufe anschließend gerechtfertigt wurden. Indem kurzerhand via Wert statt via Gewicht argumentiert wurde, wurde der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut. Wer die Statistik nur oberflächlich liest, erkennt nicht, dass für ein positives Ergebnis die Goldmenge sogar sinken kann, wenn der Buchwert des Goldes gleichzeitig steigt, das Total aus ‚Menge mal Preis‘ also höher sein*

---

<sup>68</sup> (Agenturen, 2005)

<sup>69</sup> (Agenturen, 2005)

<sup>70</sup> vgl. (Agenturen, 2005)

*kann. So kann für Oberflächliche bei steigenden Goldpreisen von ‚Goldsegen‘ geschwärmt werden, selbst wenn tatsächlich Gold verkauft wird.“<sup>71</sup>*

Angesichts dieser Kooperation zwischen Politik, Notenbank und Medienlandschaft erschließen sich die Forderungen der patriotischen und selbstbewussten Schweizer Abgeordneten:

„I. Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 99a (neu) Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank

1. Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind unverkäuflich.
2. Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind in der Schweiz zu lagern.
3. Die Schweizerische Nationalbank hat ihre Aktiven zu einem wesentlichen Teil in Gold zu halten. Der Goldanteil darf zwanzig Prozent nicht unterschreiten.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 99a (Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank)

1. Für die Erfüllung von Absatz 2 gilt eine Übergangszeit von zwei Jahren nach Annahme von Art. 99a durch Volk und Stände.
2. Für die Erfüllung von Absatz 3 gilt eine Übergangszeit von fünf Jahren nach Annahme von Art. 99a durch Volk und Stände.“<sup>72</sup>

---

<sup>71</sup> (Stamm, 2013)

<sup>72</sup> (Gold)

Die Bevölkerung unterstützte diese Bestrebungen auf breiter Basis. Doch die Politik und das Establishment blockierten die ambitionierten Ziele. Der bereits erwähnte Ulrich Schlüer kommentierte das innenpolitische Geschehen in einem Kommentar in der Zeitung *Schweizerzeit*: *„Als die Gold-Initiative gestartet wurde, vermieden – als wäre dies abgesprochen – die großen Medien fast alle Berichterstattung. Jetzt, da die Einreichung der Initiative absehbar ist, wird zu Gegenangriffen gerüstet. Erstaunlich dabei ist: Vor allem die sog. ‚Liberalen‘ scheinen kampfesdurstig – jene also, die ihren Parteinamen ostentativ mit dem Wort ‚die Liberalen‘ ergänzen müssen, auf dass man nicht vergesse, dass sie in grauer Urzeit einmal Vorkämpfer echt freiheitlicher Grundsätze und Überzeugungen waren.“*<sup>73</sup>

Auch bezüglich der Bedeutung von Goldreserven im heutigen Geldsystem wird er konkret, insbesondere dürften diese nicht zur tagespolitische Spielmasse werden. Ein Wink mit dem Zaunpfahl angesichts der immer höhere Milliardenbeträge verschlingenden Eurorettung: *„Goldreserven sind nicht Spekulationsgut für Politiker und Banker. Mit Goldreserven ist die Stabilität der eigenen Währung, des Frankens, abzusichern. Wenn die ganze Welt weiß, dass hinter jedem Franken, den ein Schweizer in Händen oder im Portemonnaie hält, reales Gold als Sicherung bei der Nationalbank liegt, schätzt die ganze Welt den Franken als stabil und sicher ein. Von diesem internationalen Vertrauen hat auch die Schweizer Wirtschaft unermesslich profitiert. Davon soll sie weiterhin profitieren – auch in Zeiten, da überschuldete Länder ihre Währungen bewusst und sträflich der Schwindsucht aussetzen, also gewollt entwerten. Geleitet von der Illusion, damit ihre Schulden zum Verschwinden bringen zu können. Goldreserven sichern die Stabilität der Währung. Die Stabilität der Währung aber ist unverzichtba-*

---

<sup>73</sup> (Schlüer, 2013)

*rer Pfeiler der Stabilität des Staates, seiner Wirtschaft und seiner Gesellschaft.*“<sup>74</sup>

Die SNB und die zuständigen Bundesräte gaben sich schon im Jahr 2003 ähnlich verschwiegen, wie sich auch in Österreich Nationalbank wie Finanzministerium sechs Jahre später gerieren sollten. Der langjährige Nationalrat Günter Paul reichte deshalb folgende Frage ein:

„Eingereichter Text

Bundesrat Kaspar Villiger, damaliger Finanzminister, erklärte im Nationalrat am 10. März 2003 auf die Frage, wo unser Reserve-Gold sei: "Wo diese Goldbarren nun genau liegen, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich es auch nicht weiß, es nicht wissen muss und es nicht wissen will. Denn sobald ich es weiß und mit einem ein Glas Wein trinke, könnte es mir ja 'herausplatzen'."

Ich frage den heutigen Finanzminister: Weiß er auch nicht, wo das Schweizer Reserve-Gold im Ausland liegt, und will auch er es nicht wissen, aus Angst, es könnte ihm bei einem Glas Wein "herausplatzen"?

Antwort des Bundesrates

Nach dem vorgesehenen Verkauf von 1300 Tonnen Gold, welche die SNB für die Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigt, wird die SNB noch 1290 Tonnen Gold in ihren Währungsreserven halten. Der überwiegende Teil dieses Goldes wird heute im Inland aufbewahrt. Aus Diversifikationsgründen lagert die SNB aber auch einen Teil des Goldes im Ausland. Für die Aufbewahrung im Ausland kommen grundsätzlich nur Länder mit hoher politischer und wirtschaftlicher Stabilität infrage. Zudem spielt das

---

<sup>74</sup> (Schlüer, 2013)

rechtliche Umfeld (Gesetzgebung und Rechtsprechung über Immunität in Gerichts- und Vollstreckungsverfahren) eine wichtige Rolle, und es muss ein rascher Marktzugang (breiter Goldmarkt) gewährleistet sein. Die SNB überprüft die geographische Verteilung ihrer Goldreserven periodisch und passt sie den aktuellen Entwicklungen an.

Wie andere Zentralbanken auch, gibt die SNB die exakten Lagerstandorte des Goldvermögens aus Sicherheitsüberlegungen nicht bekannt. Für diese Geheimhaltung sprechen insbesondere zwei Gründe: Erstens müsste bei einer Bekanntgabe der Standorte auch laufend über Veränderungen informiert werden, welche aufgrund der periodischen Überprüfung der SNB notwendig würden. Jede Information über einen Abzug von Gold aus einem bestimmen Land würde internationale Aufmerksamkeit erregen und könnte zu Instabilitäten an den Finanzmärkten führen. Zweitens wären auch die sicherheitspolitisch heiklen Goldtransporte kaum diskret durchführbar, wenn die Lagerstandorte öffentlich bekannt wären.

Der SNB-Präsident hat jedoch die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte auf deren Wunsch am 23. Oktober 2003 persönlich ausführlich über die Politik der SNB betreffend Lagerung der Goldvorräte informiert. Die Delegation erklärte sich von der vertraulichen Orientierung durch die SNB vollumfänglich befriedigt. Auch für den Bundesrat besteht kein sachlicher Grund, die aktuelle Strategie der SNB zur geographischen Diversifikation ihrer Goldreserven zu hinterfragen.<sup>75</sup>

Mittlerweile musste die SNB dem Druck der Initiative und der medialen Öffentlichkeit nachgeben und veröffentlichte die Lagerorte des Goldes der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. 70 Prozent lagern demnach im Inland, ein Fünftel in Großbritannien und der Rest in Kanada. Gleich nachdem Notenbankpräsident Thomas Jordan diese Information nach jahrelangem

---

<sup>75</sup> (Paul, 2004)

Ringen preisgab, warnte er vor den Forderungen der Initiative, nachdem im März die erforderlichen Unterschriften eingereicht worden waren. „*Ein hoher Goldanteil ist kein Garant für Preisstabilität*“<sup>76</sup>, relativierte er eine der Kernforderungen ohne auf weitere Aspekte Bedacht zu nehmen, wie etwa, dass im Ausland gelagertes Gold als politisches Druckmittel gebraucht werden könnte. „*Entscheidungen wie die Einführung des Mindestkurses [gegenüber dem Euro – Anm. des Autors] oder die Stabilisierung der UBS wären unter solchen Bedingungen wohl kaum so getroffen worden*“<sup>77</sup>, versuchte Jordan weitere Argumente aus umstrittenen Bereichen ins Feld zu führen. Auch der Forderung nach vollständiger Lagerung der Bestände im Inland erteilte er eine Absage und begründete dies mit Risiko-diversifikation.<sup>78</sup> Die Bedenken der 105.277 Menschen, die die Initiative rechtskräftig unterstützen und deren Unterschriften im März 2013 bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht wurden, wollte er damit augenscheinlich endgültig eine Absage erteilt wissen. Der Bundesrat empfahl am 20. November 2013 die Initiative inhaltlich pauschal und ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Handlungsfähigkeit der SNB werde zu stark eingeschränkt, zudem sei nicht gewährleistet, dass die geforderten Maßnahmen die Währungs- und Preisstabilität unterstützen würden – wie von den Initiatoren gefordert.<sup>79</sup> Schluer, Stamm und Reimann traten diesen Vorwürfen substantziell entgegen:

*„Die Behauptung, Gold spiele für die Stabilität von Währungen keine Rolle mehr, ist nichts anderes als ein nachträglicher Beschönigungsversuch für eine der kopflosesten Maßnahmen schweizerischer Währungspolitik überhaupt: Für die Verschleuderung von nicht weniger als sechzig Prozent der Schweizer Goldreserven (1.550 von ursprünglich 2.600 Tonnen) in den*

---

<sup>76</sup> (Bruppacher, 2013)

<sup>77</sup> (Bruppacher, 2013)

<sup>78</sup> vgl. (Bruppacher, 2013)

<sup>79</sup> vgl. (nzz.ch, 2013)

*vergangenen zwölf Jahren zu historisch schlechtestem Preis. Mit dieser unüberlegten Tat wurde Volksvermögen in der Größenordnung von gegen fünfzig Milliarden Franken sinnlos vertan. Die Nationalbank hat weder Konjunkturpolitik zu betreiben noch defizitäre Kantonsrechnungen auszugleichen. Die Nationalbank hat vielmehr im Gesamtinteresse aller Schweizerinnen und Schweizer die Stabilität der Währung des Landes zu sichern. Je werthaltiger die Reserven der Nationalbank sind, desto gesicherter sind die Altersrenten, die Pensionserwartungen, die Löhne und die Ersparnisse aller in der Schweiz lebenden Menschen – in Zeiten schwerwiegendster Währungsturbulenzen gewiss keine unangemessene Forderung.*<sup>80</sup>

## **Kapitel IX: Rettet unser österreichisches Gold**

280 Tonnen Gold befinden sich zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Buches im Besitz der Oesterreichischen Nationalbank. Diese befindet sich wiederum zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich. Den Fragen, wo sich dieses Gold befindet und wie die Bestände bewirtschaftet werden, widmete sich der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Gerhard Deimek. Die erste Anfrage „*betreffend die Währungs- und Goldreserven der Republik Österreich*“<sup>81</sup> langte im Oktober 2009 im Nationalrat ein. Sie lieferte einerseits karge, wie gleichzeitig politisch brisante Antworten. Der damalige Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll gab an, dass die Nationalbank seit dem Jahr 1999 insgesamt 147,9 Tonnen – also etwas mehr als ein Drittel – ihrer Goldbestände verkauft hat.<sup>82</sup> Fragen, zu welchem Zeitpunkt, in welchen Tranchen und zu welchem Kurs Gold verkauft wurde, blieben unbeantwortet.

---

<sup>80</sup> (Goldinitiative, 2013)

<sup>81</sup> (Deimek, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2009)

<sup>82</sup> vgl. (Pröll, 2009)

Über Jahre hinweg verweigerten sowohl Pröll, als auch seine Nachfolgerin Maria Fekter nahezu alle Angaben. Regelmäßig wurden Antworten unter Verweis auf die angebliche „*Ausweispraxis*“<sup>83</sup> des Eurosystems verweigert. Insgesamt neun schriftliche parlamentarische Anfragen bis zum Oktober 2011 und drei Entschließungsanträge wurden seitens der Bundesregierung ignoriert und auf parlamentarischer Ebene an den Rand gespielt. Doch verhältnismäßig plötzlich kam Bewegung in die Thematik. Am 6. März 2012 berichtete die deutsche *Bild*, dass dem CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Mißfelder – der anlässlich eines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten das in New York gelagerte deutsche Gold besichtigen wollte – diese Inaugenscheinnahme verwehrt wurde. Ein Aufschrei durchzog die deutsche Medienlandschaft ebenso wie namhafte Teile der Politik.

Dieser Aufschrei blieb in Österreich nicht unbemerkt. Gerhard Deimek rief mit darauffolgendem April eine Petition ins Leben. „*Rettet unser österreichisches Gold*“, lautet der Aufruf des Nationalratsabgeordneten. Plötzlich erwachte das Interesse von Journalisten quer durch die Landschaft des heimischen Blätterwaldes.

„*Das Gold der Nationalbank gehört eigentlich den Bürgern. Es ist also schon ein wenig seltsam, wenn die Österreicher keinesfalls erfahren dürfen, wo ihre edlen Notgroschen gebunkert sind*“<sup>84</sup>, unterstützte Rosemarie Schwaiger die Forderungen in einem im Nachrichtenmagazin profil erschienenen Artikel. Der bekannte Ökonom Stephan Schulmeister kam ebenfalls zu Wort und gab den freiheitlichen Forderungen auf fachlicher Ebene Recht: „*Solange die theoretische Möglichkeit besteht, dass die Währungsunion zerfällt, sind Goldreserven in einem gewissen Ausmaß wichtig*.“<sup>85</sup> Er untersticht nicht nur die realpolitische und wirtschaftliche Bedeutung staat-

---

<sup>83</sup> (Pröll, 2009)

<sup>84</sup> (Schwaiger, 2012)

<sup>85</sup> (Schwaiger, 2012)

licher Goldreserven, sondern auch die Forderung nach inländischer Lagerung: „Sollte es wirklich einen weltweiten Wirtschaftskrieg geben, wäre es vermutlich nicht so gut, wenn das Gold woanders liegt.“<sup>86</sup> „Währungsreserven sind Volksvermögen“, schloss sich der Wiener Wirtschaftswissenschaftler Gregor Hochreiter an. „Volksvermögen sollte auch Großteils in den eigenen Landesgrenzen gehalten werden. Wir leben in einer Währungsunion, die nicht wirklich stabil ist. Da sollte man Vorsicht walten lassen“<sup>87</sup>, setzte Hochreiter nach.

Die Tageszeitung Die Presse titelte „Das Geheimnis um Österreichs Gold“: „Die Notenbankchefs dieser Welt reden gern über Deflation, Inflation und darüber, wie sie beides per Zinsschraube zu steuern gedenken. Über Gold reden sie nicht. Dabei ist das Metall, das vor mindestens 2600 Jahren erstmals als Münzgold eingesetzt wurde, bis heute der einzige Bestandteil der Währungsreserven, der nicht aus ‚Papier‘ besteht – also nicht von einer anderen Zentralbank beliebig vermehrt (und abgewertet) werden kann. Wahrscheinlich sind die Goldreserven genau deshalb das Staatsgeheimnis Nummer eins. Vom österreichischen Gold weiß man weder, wo es genau lagert, noch, wie viel davon überhaupt noch (physisch) existiert.“<sup>88</sup> Auch der hochrangige chinesische Notenbanker Zhang Jianhua wurde zitiert. Dieser hatte erklärt: „Die einzige Chance, sich gegen Risiken zu versichern, ist, eine Hartwährung zu kaufen: Gold.“<sup>89</sup>

In einem ebenfalls in der *Presse* erschienen Artikel machte der Journalist Josef Urschitz auf gravierende Unterschiede in der Öffentlichkeitsarbeit der deutschen und österreichischen Notenbank aufmerksam: „Interessant ist da

---

<sup>86</sup> (Schwaiger, 2012)

<sup>87</sup> (Jilch, diepresse.com, 2012)

<sup>88</sup> (Jilch, diepresse.com, 2012)

<sup>89</sup> (Jilch, diepresse.com, 2012)

*freilich hauptsächlich, dass die österreichische Nationalbank – im Gegensatz zu ihrem deutschen Pendant – extreme Geheimniskrämerei betreibt.*<sup>90</sup>

Das Wochenmagazin *NEWS* gab sich kompromisslos. „*Schlamperei mit unserem Gold*“ lautete die Schlagzeile. Den Journalisten gelang es im Zuge ihrer Recherchen erhebliche Missstände rund um das noch weitgehend ungelüftete Goldrätsel aufzudecken: „*Auch der Rechnungshof weiß von nichts. Er ist für die Prüfung der Nationalbank zuständig. Auf NEWS-Nachfrage gesteht die Kontrollbehörde ein, dass Österreichs Goldreserven seit zwölf Jahren nicht mehr vor Ort überprüft wurden, nicht auf Vollständigkeit, nicht auf Qualität. Ausrede für die Schlampereien im Umgang mit unserem Staatsschatz: keine Zeit, keine Mittel. Andere Ursachen waren in den letzten Jahren drängender: Die Kommunalkredit-Pleite und der Hypo-Skandal verschlangen alle Kräfte der Behörde. Man verweist auf die Unabhängigkeit und Integrität der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Die OeNB verwaltet Österreichs Gold und handelt damit. Doch aus der Zentrale im neunten Wiener Gemeindebezirk dringt wenig. Einer, der sich auskennen muss, verliert sich in Plattitüden über internationale Abkommen. Die Nationalbanken haben sich darauf verständigt, keine Auskunft darüber zu erteilen, wo die Staaten ihr Gold lagern, sagt Rudolf Trink, der OeNB-Verantwortliche für das Gold und die Devisengeschäfte. Es liegt nahe, dass niemand außer den Nationalbankern über den Verbleib des Goldes Bescheid weiß.*“<sup>91</sup>

Der mittlerweile nicht mehr im Parlament vertretene ÖVP-Nationalratsabgeordnete Michael Ikrath sprach sich wie seine freiheitlichen Kollegen gegen eine Lagerung des Goldes der Nationalbank in den USA aus. In den Vereinigten Staaten herrsche „*Wildwestmanier*“<sup>92</sup>. Einer Lage-

---

<sup>90</sup> (Urschitz, 2012)

<sup>91</sup> (S. Scopetta, 2012)

<sup>92</sup> (S. Scopetta, 2012)

rung in Großbritannien und der Schweiz stand er allerdings unkritisch gegenüber.

Im Wirtschaftsmagazin *€co* des Österreichischen Rundfunks erschien am 21. Juni 2012 ein Beitrag, der sich mit den Goldreserven Österreichs befasste. Im Rahmen eines Interviews lüftete das damalige Direktoriumsmitglied Dr. Peter Zöllner zumindest einen Teil des nahezu schon traditionell geglaubten Schleiers. Das Gold liege in der Schweiz und in London. Zumindest bis vor zehn Jahren habe sich ein Teil des Goldes in Österreich befunden.<sup>93</sup> Gerhard Deimek zeigte sich über das langsame – wenn auch spürbar störrische – Nachgeben der Nationalbanker erfreut. Gleichzeitig ortete er einen Skandal. Knapp zwei Wochen vor Zöllners Angaben gegenüber dem ORF gab sich Finanzministerin Maria Fekter noch verschlossen und teilte in einer am 8. Juni 2012 unterfertigten Anfragebeantwortung folgendes mit:

*„Wie bereits mehrmals anlässlich der Beantwortung gleichlautender schriftlicher parlamentarischer Anfragen festgehalten werden die einzelnen Lagerorte, die Anteile bzw. Mengen des im Inland und Ausland gelagerten Goldes sowie deren Entwicklung im Zeitablauf von der OeNB nicht bekanntgegeben. Damit folgt die OeNB der Ausweispraxis des Eurosystems, bei der ebenfalls nicht zwischen Goldbeständen innerhalb und außerhalb des Eurosystems unterschieden wird. Auch veröffentlicht die OeNB, der international überwiegend gehandhabten Notenbank-Praxis folgend, ihre Strategie hinsichtlich der Lagerung und der Disposition von Gold im In- und Ausland nicht.“<sup>94</sup>*

Diese Antwort Fekters ließ aus der Sicht des Freiheitlichen lediglich zwei Deutungsmöglichkeiten zu. Entweder Zöllner hatte gegen geltendes Recht verstoßen, oder Josef Pröll und Maria Fekter hatten das Parlament über

---

<sup>93</sup> vgl. (Deimek, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2012)

<sup>94</sup> (Fekter, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2012)

Jahre hinweg mit falschen Informationen versorgt.<sup>95</sup> Deimek kündigte ein Nachspiel im Nationalrat an und stellte eine Anfrage, um den Sachverhalt endgültig zu klären. In der Beantwortung musste die Finanzministerin bereits etwas von ihrem gewohnten, eher rigorosen, Standpunkt abweichen: *„Der Verweis auf die Ausweispraxis im Eurosystem ist keinesfalls falsch. Seit Gründung der Eurozone erfolgte unter Berücksichtigung der EZB-Leitlinien zur Rechnungslegung eine gemeinsame Ausweisung von Gold und Goldforderungen in den Jahresberichten der nationalen Zentralbanken, wobei die Goldlagerstätten sowie die dort gelagerten Mengen im überwiegenden Teil der Fälle durch diese ESZB Zentralbanken nicht offengelegt wurden. Dies ist auch nach wie vor der Fall. Mit der nun verfolgten Offenlegungspolitik geht die OeNB somit über die nach wie vor überwiegend praktizierte Ausweispraxis hinaus und trägt damit ihrem Bekenntnis zu einem erhöhten Maß an Transparenz Rechnung.“*<sup>96</sup>

Der Rechnungshof hatte sich ebenfalls gerade angeschickt, für Transparenz zu sorgen. Auf die bevorstehende Prüfung angesprochen, meinte Ewald Nowotny schlicht wie im Hinblick auf das breite öffentliche Interesse etwas wenig bevölkerungsnah: *„Ich begrüße es, wenn diese Rechnungshofprüfung kommt, damit endlich das dumme Thema weg ist.“*<sup>97</sup> Der - mittlerweile ehemalige - Gold-Experte der Erste Bank, Ronald Peter Stöferle, kam zu Wort und verwies auf das aktuelle Marktgeschehen, das ein gravierendes Umdenken an den Finanzmärkten abzubilden schien: *„Genauere Angaben über die Lagerstätten und die Goldleihe- Geschäfte der OeNB wären auch für uns hilfreich. Denn es gibt erste Strömungen in der europäischen Politik, die die erneute Einführung des Goldstandards fordern. Das Gold soll wieder Grundlage für die Bewertung der Währungen werden. Gold wird*

---

<sup>95</sup> vgl. (unzensuriert.at, 2012)

<sup>96</sup> (Fekter, www.parlament.gv.at, 2012)

<sup>97</sup> (APA, 2012)

wieder als Geld oberster Güte und auf dem Markt immer weniger als Rohstoff betrachtet.“<sup>98</sup>

Das Thema und folglich auch die leitenden Stellen der Oesterreichischen Nationalbank rund um Gouverneur Ewald Nowotny kamen nicht zur Ruhe. Die seitens des Rechnungshofes angekündigte Überprüfung gab dem Interesse der Bevölkerung zusätzliche Nahrung. Schließlich sah sich die Währungshüterin zu einem offeneren Kurs gezwungen. Im Finanzausschuss vom 21. November legte der – mittlerweile in juristische Turbulenzen geratene – damalige Vizegouverneur Wolfgang Duchatczek die Lagerorte des Goldes offen. 80 Prozent des Goldes befinden sich demnach in London, jeder sechste Barren innerhalb der österreichischen Staatsgrenzen in Tresoranlagen der Nationalbanktochter Münze Österreich und der Rest in der Schweiz.<sup>99</sup>

Der freiheitliche Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache wies in diesem Zusammenhang auf die Erfolge der anhaltenden Arbeit seiner Partei hin. Die Goldinitiative zeige Wirkung. Jetzt müssten Taten folgen und das Gold in Österreich gelagert werden. *„Wer lagert seinen Schmuck bei der Nachbarschaft? Außer der Nationalbank fällt mir niemand ein“*, argumentierte Strache die Forderung. Die Auskunftspolitik der Notenbank nannte er *„skandalös“*, um gleich danach den Rücktritt von Ewald Nowotny zu verlangen: *„Ich wünsche mir einen vertrauenswürdigen Gouverneur. Ewald Nowotny wird den mit seinem Amt verbundenen Ansprüchen in keiner Weise gerecht.“* Gleichzeitig erinnerte er an den beruflichen Werdegang des früheren sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten und setzte nach, dass dieser *„nach dem BAWAG-Skandal“* *„jetzt auch einen Nationalbankskandal“*<sup>100</sup> geliefert habe.

---

<sup>98</sup> (S. Scopetta, 2012)

<sup>99</sup> vgl. (schuch, 2012)

<sup>100</sup> (Freiheitlicher Parlamentsklub, 2012)

Doch die Achse Fekter-Nowotny sollte trotz aller Vorkommnisse keinen Schaden nehmen. In einer Anfragebeantwortung vom 27. Dezember 2012 stellte sich die schwarze Finanzministerin mit aller Kraft hinter den roten Gouverneur: *„Die Leitung der OeNB durch Gouverneur Univ. Prof. Dr. Nowotny erfolgt zur vollsten Zufriedenheit des Bundesministeriums für Finanzen und Gouverneur Dr. Nowotny genießt daher nach wie vor mein vollstes Vertrauen.“*<sup>101</sup>

Mit dem Bekanntwerden der Lagerstätten war ein erster großer Erfolg erungen. Doch vorerst blieb weiterhin rätselhaft, wie viel Gold verleast wurde. Unser Währungsgold kann an Banken verleast werden, die es schließlich verkaufen können und an die Nationalbank Zinsen abliefern. Es bleiben ein Zinsgewinn und eine Forderung – die goldene Sicherheit ist allerdings weg.

Gold und Goldforderungen werden in der Bilanz der Bank in ein und derselben Position ausgewiesen. Ein gravierender Mangel, auf den auch schon der deutsche Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler hingewiesen hat. Immerhin konnte in Erfahrung gebracht werden, dass London der *„Auslieferungsort nicht-physischer Bestände“*<sup>102</sup> sei. Gegenüber den Abgeordneten im Finanzausschuss hatte Wolfgang Duchatzek lediglich über die Erträge aus Goldleihegeschäften Auskünfte erteilt. Diese seien demnach in den vergangenen zehn Jahren – von 2012 aus betrachtet – bei 300 Millionen Euro gelegen. Der erwähnte Experte Stöferle meinte, dass folglich ein größerer Prozentsatz verliehen worden sein muss. Die so genannten *„gold lease rates“* würden im Schnitt bei verhältnismäßig mageren 0,1 bis 0,5 Prozent liegen. *„Es wäre transparent, wenn die Nationalbank den nächsten Schritt macht und veröffentlicht, welchen Anteil sie physisch hält und wel-*

---

<sup>101</sup> (Fekter, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2012)

<sup>102</sup> (APA/hahn/schuch, 2012)

cher Anteil verliehen ist“<sup>103</sup>, äußerte sich Stöferle ebenfalls zur Öffentlichkeitsarbeit der OeNB. Gegenüber Medien gaben sich Österreichs Währungshüter ähnlich verschlossen, wie Nikolaus Jilch in der *Presse* schrieb. „Goldgeschäfte werden nur mit renommierten Banken gegen ausgezeichnete Sicherheiten mit entsprechender Überdeckung abgeschlossen. Die OeNB hatte daher aufgrund ihrer strikten Risikopolitik auch noch nie einen Kreditausfall aus Goldgeschäften“<sup>104</sup>, lautete die zunächst weitgehend von harten und aussagekräftigen Fakten unbeschwert gebliebene Antwort im April 2012. Monate später gab man dem Druck nach und erweiterte die im Finanzausschuss preisgegebenen Informationen. Die OeNB eröffnete, dass 16 Prozent des Goldes verliehen seien. Mit Beginn des vergangenen Jahrzehntes habe dieser Wert noch bei 80 Prozent gelegen, wie Medien berichteten.<sup>105</sup> Mit welchen Banken diese Vereinbarungen getroffen wurden, ist bis heute nicht bekannt. Auf die Anfrage von Heinz-Christian Strache und Gerhard Deimek „betreffend Finanzprodukte und das Gold der OeNB“<sup>106</sup> antwortete Fekter auszugsweise:

*„Goldleihegeschäfte sind ebenso wie andere Goldtransaktionen im internationalen Goldabkommen der Notenbanken geregelt, an dem auch die OeNB teilnimmt. Die Geschäftspartner dieser Goldleihegeschäfte sind internationale Banken bester Bonität, wobei sich die OeNB die Geschäfte zusätzlich mit erstklassigen Wertpapieren absichern lässt. Weitergehende Details dazu, insbesondere betreffend Einzelgeschäftsbeziehungen, können jedoch nicht offen gelegt werden. Aufgrund der hohen Sicherheitsstandards hatte die OeNB jedoch noch nie einen Kreditverlust aus Goldleihegeschäften. Darüber hinaus bestehen Geschäftsbeziehungen mit der Münze Österreich*

---

<sup>103</sup> (APA/hahn/schuch, 2012)

<sup>104</sup> (Jilch, diepresse.com, 2012)

<sup>105</sup> vgl. (APA/hahn/schuch, 2012)

<sup>106</sup> (Deimek, www.parlament.gv.at, 2012)

*AG, einer 100%-igen Tochter der OeNB, welche die Herstellung von Goldprodukten (z.B. Wiener Philharmoniker Bullionmünzen) unterstützen.*

*Es ist des Weiteren darauf hinzuweisen, dass die OeNB keine Einzelheiten zu Transaktionen mit bestimmten Geschäftspartnern bekannt gibt; sie orientiert sich damit an einer international üblichen Notenbank-Praxis.“<sup>107</sup>*

Doch die von Deimek kritisierten Vorgänge selbst sind mittlerweile nicht mehr voraussetzungslos üblich. In der Beantwortung einer Anfrage von Peter Gauweiler führt der zuständige Staatssekretär Hartmut Koschyk im November 2010 aus: *„Nach Informationen der Deutschen Bundesbank hält diese ihre Goldbestände in Form von physischem Gold. Der Anteil verliehenen Goldes liegt höchstens im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Goldleihegeschäfte werden mit im Goldgeschäft erfahrenen Banken höchster Bonität getätigt. Aktuell ist kein Gold verliehen.“<sup>108</sup>*

Österreichs Institutionen scheinen in diesem Fall einen eigenen bis eigenwilligen Weg zu gehen. Doch wenig später sorgte die Notenbank für den nächsten goldenen Skandal. Gegen die Schweizer Goldraffinerie Argor-Heraeus wurde von der ansässigen Bundesanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet. Im Raum stehen Geldwäsche und Kriegsverbrechen bzw. die Beihilfe zu Kriegsverbrechen, wie der ORF berichtete.<sup>109</sup> In den Jahren 2003 und 2004 sollen insgesamt drei Tonnen Gold verarbeitet worden sein, die von der kongolesischen Rebellengruppierung *Front der Nationalisten und Integrationisten* geraubt worden waren. Die Schweizer NGO TRIAL hatte den Skandal schließlich aufgedeckt. Ihr Anwalt Benedict de Moerloose gab an, dass man den Weg des Goldes von den Minen bis in die Raffinerie nachzeichnen könne.<sup>110</sup> Was auf den ersten Blick nach einem Auslands-

---

<sup>107</sup> (Fekter, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2013)

<sup>108</sup> (Bundestag, Deutscher, 2010)

<sup>109</sup> vgl. ([orf.at](http://orf.at), 2013)

<sup>110</sup> vgl. ([orf.at](http://orf.at), 2013)

skandal klingt, hat starken Österreichbezug. Die Münze Österreich ist ein Tochterunternehmen der Oesterreichischen Nationalbank und mit 24,3 Prozent an der Goldraffinerie beteiligt. Die Münze wollte die Geschehnisse nicht kommentieren und verwies auf das direkt betroffene Unternehmen.<sup>111</sup>

Gerhard Deimek forderte aktives Eingreifen seitens des Managements der Nationalbank. „*Ich erwarte mir eine sofortige Reaktion von OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny. Hier kann nicht mehr - zur ohnehin höchst bedenklichen - Tagesordnung übergegangen werden*“, sah er den „*Goldskandal um ein blutiges Kapitel erweitert*.“<sup>112</sup> Der Freiheitliche forderte zur Klärung der gravierenden Vorwürfe die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die aus Experten und Nichtregierungsorganisationen bestehen solle. Gleichzeitig solle es zu einem personellen und moralischen Neustart in der Führungsriege der Bank selbst und ihrer Tochtergesellschaften kommen. „Diese augenscheinliche Verwicklung in blutige Geschäfte bekräftigt unsere Forderung nach einer transparenten Nationalbank. Doch Ewald Nowotny und Kollegen werden Gründe haben, sich dagegen zu wehren. Darum braucht es jetzt einen umfassenden parlamentarischen Schulterchluss“, forderte Deimek die Politik auf, sich geschlossen einzuschalten.<sup>113</sup>

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem freiheitlichen Europaparlamentsabgeordneten Franz Obermayr wiesen beide auf bisher weitgehend ausgeblendete Auswirkungen der unausgesetzten Eurorettungsmaßnahmen hin. Gertrude Tumpel-Gugerell wurde von EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso mit der Leitung einer Expertengruppe beauftragt. Es soll eine Machbarkeitsstudie über einen europäischen Schuldentilgungsfonds und kurzfristige Eurobonds erarbeitet werden. In den Fonds sollen demnach

---

<sup>111</sup> vgl. (Hermes, 2013)

<sup>112</sup> (Freiheitlicher Parlamentsklub, 2013)

<sup>113</sup> (Parlamentsklub, 2013)

jene Schulden eingebracht werden, die über der Konformitätsgrenze von Maastricht liegen. Im Fall der Realisierung dieser Idee – die Studie soll bis März 2014 vorliegen – drohen säumigen Staaten strenge Sanktionen. Selbst die Einziehung von Goldreserven wird bereits offen angedacht.<sup>114</sup>

Deimek und Obermayr warnten vor dieser sich abzeichnenden Entwicklung und dem Weg in die Schuldenunion. *„Wir wollen uns nicht enteignen lassen. Hierbei handelt es sich nahezu um ein Komplott gegen unseren Wohlstand“*, formulierte Obermayr seine Kritik. *„Der Euro scheint das goldene Kalb Brüssels geworden zu sein. Doch Fakt ist: Enteignung ist kein Friedensprojekt - sie legt den Keim für Zwist“*<sup>115</sup>, trat Deimek der proklamierten Alternativlosigkeit der Währungsunion entgegen. Unter diesen Vorzeichen müsse der Europäischen Union und transnationalen Institutionen jede Möglichkeit genommen werden, auf das Gold der Österreicherinnen und Österreicher zugreifen zu können. Eine Anfragebeantwortung durch Maria Fekter gibt Anlass zur Sorge, dass die Europäische Zentralbank sich bereits indirekt aber gewichtig einschalten könnte:

*„Nachdem die EZB über eigene Reserven verfügt, haben weder die EZB noch andere europäische Institutionen einen direkten Zugriff auf die Goldbestände der OeNB. Da die Goldreserven der OeNB jedoch zu den offiziellen Währungsreserven Österreichs im Sinne des Art. 3 Abs. 1 ESZB/EZB-Satzung zählen und es sich bei der Haltung und Verwaltung dieser Reserven um eine der grundlegenden Aufgaben des ESZB handelt, hat die OeNB im Rahmen ihrer diesbezüglichen Aufgabenerfüllung gemäß den Richtlinien und Weisungen der EZB zu handeln (Art. 14 Abs. 3 EZB/ESZB-Satzung)“*<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> vgl. (Kurier, 2013)

<sup>115</sup> (Freiheitlicher Parlamentsklub, 2013)

<sup>116</sup> (Fekter, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2012)

Franz Obermayr unterstellte Brüssel einen „*perfiden Plan*“. Um den Euro zu determinieren und den Mitgliedsländern die Möglichkeit des Austrittes zu nehmen, sei es der Union zuzutrauen, dass Goldreserven gezielt entzogen würden. Er kündigte entsprechende Schritte auf europäischer Ebene an, um für Klarheit zu sorgen. Sicher ist: Zweiundzwanzig Tonnen unseres Goldes musste die Nationalbank im Vorfeld des Beitrittes zur Währungsunion bereits an die EZB abliefern. Im Gegenzug erhielt sie eine Art Gutsschrift – in Euro.<sup>117</sup>

Um das Gold der Nationalbank – „*die goldene Leistungsbilanz des Fleißes von Österreichs Unternehmern und Arbeitern*“<sup>118</sup> – zu schützen, haben Heinz-Christian Strache und Gerhard Deimek ihre Anträge in dieser Gesetzgebungsperiode erneuert.

## **Kapitel X: Die goldene Internationale**

Was Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen in Österreich, Deutschland und der Schweiz fordern, ist in anderen Staaten offizielle Regierungslinie. Venezuelas verstorbener Präsident Hugo Chavez reagierte ebenso prompt wie entschlossen auf die Verschuldungskrise der westlichen Hemisphäre. Im Spätsommer des Jahres 2011 kündigte er an, das Gold der venezolanischen Zentralbank ausschließlich im eigenen Land zu lagern. „*In diesen unruhigen Zeiten ist es vorzuziehen, unsere Vermögenswerte, in diesem Fall das Gold, zurückzuholen und hier im Tresor liegen zu haben*“<sup>119</sup>, erklärte der Präsident der Notenbank, Nelson Merentes, die diesem Schritt zugrundeliegenden Motive. Ein namhafter Teil der Goldreserven lagerte zuvor bei der Bank of England, J. P. Morgan Chase, Barclays,

---

<sup>117</sup> vgl. (Fekter, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), 2012)

<sup>118</sup> (Freiheitlicher Parlamentsklub, 2013)

<sup>119</sup> (Sanchez, 2011)

HSBC, Standard Chartered, dem kanadischen Institut Bank of Nova Scotia und der BNP Paribas. Im November desselben Jahres begann die Rückholaktion von insgesamt 160 Tonnen Gold, Ende Jänner des Vorjahres war sie abgeschlossen, die letzte Lieferung über 14 Tonnen war auf Venezuelas Boden eingetroffen.<sup>120</sup>

Immer größere Bedeutung auf dem Goldmarkt kommt den bisherigen Schwellenländern als strategischen Investoren zu. China hat dem derzeitigen Weltwährungssystem bereits offiziell den Kampf angesagt. Hu Jintao erklärte im Jahr 2011 als Staatspräsident: „*Das gegenwärtige internationale Währungssystem ist ein Produkt der Vergangenheit.*“<sup>121</sup> Die chinesischen Devisenreserven steigen durch die Exporterfolge der Volksrepublik massiv an. Die kommunistischen aber kommerziell dennoch äußerst erfolgreichen Machthaber erfreuten sich über eine Ausweitung ihrer Devisenreserven um mehr als 700 Prozent seit dem Jahr 2004. Mit diesem Geld wäre es theoretisch möglich, das Gold aller Nationalbanken weltweit aufzukaufen – insgesamt zweimal.<sup>122</sup> Derzeit verfügt China über Goldreserven in Höhe von 1.054 Tonnen, was nur 1,7 Prozent der Devisenreserven entspricht. Doch maßgebliche Ökonomen misstrauen der offiziell verlautbarten Statistik und gehen von wesentlich höheren Beständen aus. Wie im Vorfeld bereits erwähnt, wird im Land der Mitte nur Gold für eine harte Währung gehalten. Doch selbst wenn von den offiziellen Zahlen ausgegangen wird, erhöhten sich die Bestände seit 2008 um mehr als 75 Prozent. Auf der Rangliste der potentesten Goldmächte liegt die Volksrepublik bereits vor der Schweiz auf Rang fünf.<sup>123</sup>

---

<sup>120</sup> vgl. (Jilch, diepresse.com, 2012)

<sup>121</sup> (Rickards, 2012, S. 19)

<sup>122</sup> vgl. (Bloomberg/hahn, 2013)

<sup>123</sup> vgl. (Eckert, 2013)

Russland baute seine Goldreserven noch strebsamer aus, als sein Nachbarstaat China. „*Je mehr Gold ein Land hat, desto größer ist seine Souveränität im Falle einer Katastrophe bei Dollar, Euro, Pfund oder anderen Reservewährungen*“<sup>124</sup>, erklärte der Duma-Abgeordnete Jewgeni Fjodorow. Viel Vertrauen in die Entwicklung der bisher etablierten Weltwährungen scheint die russische Staatsführung also nicht zu setzen. Folgerichtig aus dieser Perspektive hat die Notenbank des Flächenstaates in der letzten Dekade etwa 570 Tonnen Gold erworben. „*Es heißt mit gutem Grund Gold- und Devisenreserven*“<sup>125</sup>, gab Wladimir Putin schon 2005 Einblicke in seine Strategie. Aktuell hält die Notenbank etwas mehr als 1.015 Tonnen der glänzenden Barren.<sup>126</sup> Die Notenbank wird weiter auf Goldkurs bleiben, wie der stellvertretende Zentralbankvorsitzende, Alexej Uljukajew offenlegte: „Die Geschwindigkeit wird vom Markt bestimmt.“ Man werde der bisherigen Linie allerdings offenkundig treu bleiben, wie sein Nachsatz vermuten lässt: „Ob es schneller oder langsamer geht, ist eine Entscheidung des Marktes und das werde ich jetzt nicht erörtern.“<sup>127</sup>

Mit einem Goldanteil von rund zehn Prozent an den gesamten Devisenbeständen, hat Russland trotzdem noch einiges gegenüber den Vereinigten Staaten und Deutschland aufzuholen. Ihre Devisenreserven bestehen zu über 70 Prozent aus der härtesten aller Währungen.<sup>128</sup> Auch im internationalen Bereich beginnt der russische Kurs bezüglich Gold und US-Dollar transnationalen Einfluss auszuüben. Über Medien wie *Russia Today* wird in Beiträgen regelmäßig auf aktuelle Geschehnisse aufmerksam gemacht. Der Sender weist auf die Fragestellung hin, ob die Anlagen der Fed tatsächlich eine sichere Lagerstätte für ausländisches Gold seien. Schließlich bestün-

---

<sup>124</sup> (Bloomberg/schuch, 2013)

<sup>125</sup> (Bloomberg/schuch, 2013)

<sup>126</sup> vgl. (Hansmann, 2013)

<sup>127</sup> (Hansmann, 2013)

<sup>128</sup> vgl. (Bloomberg/schuch, 2013)

den Spekulationen, dass die Notenbank die Reserven verkauft, verborgt oder damit Kredite besichert habe.<sup>129</sup>

Die wirtschaftlich prosperierende Türkei schwingt sich ebenfalls zu einer Goldmacht auf. Im August 2013 war sie noch vor Russland jenseits von 23 Tonnen der größte Käufer des Monats.<sup>130</sup> Dabei handelt es sich nicht lediglich um ein Investment. Gold wird von der türkischen Regierung als außenpolitisches Werkzeug eingesetzt. Gleichzeitig mit den Goldkäufen der Notenbank stiegen die Goldexporte des türkischen Staates. Um die internationalen Sanktionen gegen den Iran zu umgehen, wurde iranisches Erdgas direkt in Gold gegengerechnet. „*Im Wesentlichen dienen unsere Goldexporte der Bezahlung unserer Erdgaslieferungen*“<sup>131</sup>, gestand der stellvertretende Regierungschef, Ali Babacan, vor Parlamentariern ein. Offiziellen Angaben zufolge flossen im Jahr 2013 Goldbestände im Ausmaß von 6,4 Milliarden Dollar von der Türkei in den Iran.<sup>132</sup>

Das derzeitige Weltwährungssystem befindet sich – wie die obige Darstellung belegt – im Umbruch. Der US-Dollar und die Politik der Federal Reserve, wie der US-amerikanischen Regierung, werden vielerorts grundsätzlich hinterfragt. Allein die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten scheinen nahezu bedingungslos an der Vergangenheit festhalten zu wollen. Welchen Preis diese Erstarrung tatsächlich haben wird, zeichnet sich ab.

## **Kapitel XI: Interview mit Gerhard Deimek**

Autor: Sehr geehrter Herr Deimek. Welches Ziel haben Sie mit Ihrer Initiative „Rettet unser österreichisches Gold“ vor Augen?

---

<sup>129</sup> vgl. (Russia Today, 2013)

<sup>130</sup> vgl. (Reuters, 2013)

<sup>131</sup> (Joe Parkinson, 2012)

<sup>132</sup> vgl. (Joe Parkinson, 2012)

Gerhard Deimek: Ich beschäftige mich schon seit mehr als drei Jahren mit diesem Themenfeld, das ein sehr vielschichtiges ist. Die anhaltende Finanzkrise leitete meine – anfangs rein auf parlamentarischer Ebene gesetzten – Initiativen ein. Gerade in Zeiten einer seitens des ökonomischen Mainstreams bis dahin nicht mehr für möglich gehaltenen Krise schien es mir folgerichtig, nach Österreichs Goldreserven genauer Ausschau zu halten. Schließlich handelt es sich dabei um unsere eiserne Reserve. Ich möchte es für uns und unsere Kinder sicher in Österreich verwahrt wissen.

Autor: Welche Ziele hat sich die Initiative gesetzt?

Gerhard Deimek: Die vollständige Lagerung der Bestände in Österreich, einen sofortigen Stopp von Goldverkäufen und eine transparente Nationalbank. Durch die immer maßloser werdende Eurorettung und die sich etablierende Schuldenunion kam auch ins Spiel, der Europäischen Union und ihren Institutionen jede Möglichkeit nehmen zu müssen, auf die Reserven zugreifen zu können.

Autor: Waren Sie vom Ergebnis der ersten Anfrage überrascht?

Gerhard Deimek: Auf gewisse Weise schon. Ich hatte damit gerechnet, dass einiges passiert sein wird, das nicht im Interesse der Menschen dieses Landes ist. Die Regierung hat schließlich mehrmals bewiesen, dass das Wohl Österreichs nicht immer im Zentrum ihres Handelns steht. Doch die bemerkenswert knappen Antworten und besonders die Verweigerung, die Verkaufszeitpunkte von Gold bekanntzugeben, haben mich doch erstaunt. Der damalige Finanzminister Josef Pröll und Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny schienen etwas zu verbergen zu haben. Zumindest drängte sich uns innerhalb des Parlamentsklubs dieser Eindruck damals auf und leider sollte sich diese Vermutung bewahrheiten.

Autor: Welche Vermutungen rund um die Goldreserven hegten Sie damals?

Gerhard Deimek: Ich vermutete schlechte Bewirtschaftung. Also, dass Bestände zu viel zu niedrigen Kursen abgestoßen wurden. Es gab auch Gerüchte, wonach sich die Goldreserven in den Vereinigten Staaten befinden

und im Ernstfall folglich außerhalb der Zugriffsmöglichkeiten der Republik lagern würden. Manche befürchteten gar, dass sich ein Teil des Goldes in südlichen Staaten des Europäischen Zentralbankensystems befände. Selbst Griechenland, das damals schon von Unruhen heimgesucht wurde, galt als mögliche Lagerstätte. Diese Befürchtungen waren aus damaliger Sicht nicht von der Hand zu weisen, schließlich gelangte Gold der Deutschen Bundesbank sogar in den Kongo.

Autor: Diese Vermutungen haben sich ja glücklicherweise als falsch erwiesen.

Gerhard Deimek: Nur unter manchen Aspekten. Das Gold der Nationalbank lagert zwar nicht in den USA und auch nicht in Griechenland, aber nur zu äußerst geringen Teilen im Inland – bloß jeder sechste Barren. Der Rest befindet sich außerhalb unseres Landes und wird im Krisenfall vielleicht nicht zur Verfügung stehen. 80 Prozent des Goldes liegen in London, der Rest in der Schweiz.

Autor: Wie erklären Sie sich dieses im internationalen Vergleich atypische Missverhältnis zwischen inländischer und ausländischer Lagerung?

Gerhard Deimek: Dieses Konzept basiert noch auf den Paradigmen des Kalten Krieges. Österreich wäre im Fall einer Konfrontation zwischen Ost und West vermutlich trotz unserer Neutralität keine Insel der Seligen geblieben. Die Goldbestände sollten außerhalb der unmittelbaren Reichweite der Truppen des Warschauer Paktes gelagert werden. Das hat mir zumindest Ewald Nowotny in einem persönlichen Gespräch in den Räumlichkeiten der Nationalbank erläutert.

Autor: Dieses Bedrohungsszenario scheint heute allerdings nicht mehr sehr zeitgemäß. Gibt es Bestrebungen, die Schwerpunkte der Lagerung nach Österreich zu verlegen oder ganz auf inländische Lagerung zu setzen?

Gerhard Deimek: Die Nationalbank sperrt sich in dieser Angelegenheit völlig. In einer Aussendung vom 17. Jänner 2013 verlautbarte man sogar, dass das Direktorium das bestehende Lagerstellenkonzept bestätigt habe.

Das Gespenst der Sowjetunion scheint innerhalb der Mauern der Bank und in den Köpfen der obersten Gremien noch sein Unwesen zu treiben. Derzeit ist die FPÖ die einzige im Parlament vertretene Kraft, die konsequent ein Konzept fordert, das ausschließlich auf inländische Lagerung setzt. Schließlich verwarft ja auch niemand seine Schmuckschatulle zwei Straßen weiter.

Autor: Seit wann weiß man, wo sich die österreichischen Goldreserven befinden?

Gerhard Deimek: Um die Lagerorte wurde ein Staatsgeheimnis gemacht. Weder Josef Pröll, noch seine Nachfolgerin Maria Fekter oder Ewald Nowotny wollten uns Antworten auf diese Fragestellung geben. Parlamentarische Anfragen blieben inhaltlich unbeantwortet. Diese demokratiepolitische Geisterbahnfahrt seitens der genannten Personen hat mich schließlich dazu bewegt, im April 2012 die Goldinitiative samt Petition ins Leben zu rufen. Dem Bürger sollte in dieser Causa auch außerhalb des Parlamentes eine Stimme gegeben werden. Der öffentliche, politische und mediale Druck wurde schließlich zu groß – auch begünstigt durch Ereignisse im Ausland. Ende Mai des Vorjahres teilte mir Ewald Nowotny diese Orte bereits in einem persönlichen Gespräch mit – allerdings mit der Ankündigung, die Angaben zu bestreiten, sollte ich sie öffentlich machen. Diese bemerkenswerte Ankündigung hat mich allerdings trotzdem nicht davon abgehalten, das im Rahmen einer Pressekonferenz wenige Tage später dennoch zu tun. Die Menschen haben schließlich ein Recht darauf, über den Verbleib ihres Goldes Bescheid zu wissen. Offiziell gegenüber dem Parlament äußerte sich der damalige Vizegouverneur der Nationalbank, Wolfgang Duchaczek, im Finanzausschuss Ende November 2012 zu den Lagerorten. Einige Monate zuvor hatte Peter Zöllner Angaben gegenüber Medien gemacht.

Autor: Wie argumentierte Wolfgang Duchaczek gegenüber den Abgeordneten, dass die Bank ihre aktuelle Politik gewissermaßen auf Maximen aus der längst vergangenen Ära des Kalten Krieges stützt?

Gerhard Deimek: Im Finanzausschuss hatte er es unter den Fragen der Abgeordneten nicht leicht. Selbst Vertreter der Regierungsparteien zeigten sich regelrecht verwundert. Mein ehemaliger sozialdemokratischer Kollege Christoph Matznetter schien die Parteiräson abseits der Öffentlichkeit für kurze Zeit hintanzustellen und fragte, weshalb London ein guter Platz zur Lagerung unseres Goldes sei und ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Bestände innerhalb Österreichs zu lagern. Duchatzek konterte damit, dass das Gold an den bedeutendsten Handelsplätzen liege. Doch was hilft eine eiserne Reserve, wenn sie im Ernstfall nicht uneingeschränkt zur Verfügung steht? Sicherheit bietet im Letzten nur physisches Gold im eigenen Land.

Autor: Hält die OeNB nicht nur Barren, sondern auch Papiergold?

Gerhard Deimek: Ja, leider beteiligt man sich auch an im Kern spekulativen Geschäften. Das goldene Tafelsilber wird auch in Papierform bzw. in Form von Goldforderungen gehalten. Doch wer weiß, ob der jeweilige Gläubiger in der Lage sein wird, seine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen und diese Forderung tatsächlich zu begleichen? Darum fordern wir Freiheitliche, dass die Nationalbank ausschließlich physisches Gold halten darf. Den Wert von so manchen Papieren und Forderungen hat die Finanzkrise schließlich eindrucksvoll bewiesen. So darf das Vermögen der Österreicherinnen und Österreicher nicht veranlagt werden.

Autor: Welchen Anteil machen Goldforderungen an den gesamten Goldbeständen aus und warum wird Gold überhaupt verliehen?

Gerhard Deimek: Diese Frage stellte ich schon in einer eigenen Anfrage im Februar 2010. Wiederum sollte es Jahre dauern, ehe wir Informationen erhalten haben. Josef Pröll meinte, dass er nur dem „*Ausweispraxis im Eurosystem*“ folgen würde, wenn er die Zahlen nicht bekanntgibt. Ein seltsames Argument, das ich allerdings oft zu hören bekommen habe. Europa scheint für vieles herhalten zu müssen. Aber schließlich berichtete Wolfgang Duchatzek in der erwähnten Sitzung des Finanzausschusses zusätzlich zu den Lagerorten auch über die Einkünfte aus Goldleihegeschäften. In

den – von damals an gerechnet - vergangenen zehn Jahren seien 300 Millionen an Zinsen durch Goldleihegeschäfte erwirtschaftet worden.

Autor: Wie lässt sich diese Aussage interpretieren, war das ein gutes Geschäft für die Republik?

Gerhard Deimek: Der frühere Goldexperte der Erste Bank, Ronald Peter Stöferle, wies gegenüber Medien darauf hin, dass angesichts dieser Summe ein erheblicher Anteil der Bestände verleast sein müsse. Die Zinsen für Gold befanden sich damals auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Leihegeschäfte bringen immer ein gewisses Ausfallsrisiko mit sich. Außerdem ist es nicht die primäre Aufgabe einer Notenbank, Gewinne zu erwirtschaften. Gerade in Zeiten der Krise müssen die Währungsstabilität und sicherheitspolitische Aspekte Vorrang haben. Nicht die Jagd nach Renditen. Die deutsche Bundesbank hat mit Beginn der Verwerfungen an den Finanzmärkten keine solchen Geschäfte mehr abgeschlossen. Das Risiko stehe in keinem Verhältnis zum Ertrag. Die Oesterreichische Nationalbank fischt im selben Teich, allerdings in trüberem Wasser – zumindest drängte sich mir dieser Eindruck in den letzten Jahren langsam aber sicher auf.

Autor: Ist der Anteil des verleasten Goldes mittlerweile bekanntgeworden?

Gerhard Deimek: Maria Fekter räumte ein, dass ein Sechstel der Barren verleast ist. Großteils an „*internationale Banken bester Bonität*“, wie die Finanzministerin beteuerte. Einzelheiten – etwa an welche Banken unser Gold verborgt wurde – wollte sie wieder nicht nennen und das hat sie bis heute nicht.

Autor: Ist diese Intransparenz international üblich, oder handelt es sich um ein österreichisches Spezifikum?

Gerhard Deimek: Im europäischen Vergleich ist die OeNB eine der verschwiegensten Notenbanken. Um Informationen, die etwa deutsche Bundestagsabgeordnete wie Peter Gauweiler mühelos erhalten haben, mussten wir in Österreich mit wiederholten Anfragen und zahlreichen Pressemeldungen ringen. Die Informationspolitik gestaltet sich überaus zögerlich.

Interessanterweise ähnelt unsere Situation jener in der Schweiz. Die dortige *Volksinitiative ‚Rettet unser Schweizer Gold‘* sah sich anfangs vor ähnliche Probleme gestellt. Allerdings gestaltete sich die Ausgangssituation zumindest in Teilbereichen erfreulicher. Rund zwei Drittel der Schweizer Goldreserven lagern schon jetzt im Inland.

Autor: Deutschland verfügt mit knapp 3.400 Tonnen nach den Vereinigten Staaten über die zweitgrößten Goldreserven der Welt. Die Bundesbank scheint ebenfalls auf überwiegend ausländische Lagerung zu setzen. Wie sehen Sie die innenpolitische Debatte in Deutschland?

Gerhard Deimek: Interessant ist, dass etwa mit Peter Gauweiler oder Philipp Mißfelder sich auch Abgeordnete von Regierungsparteien ernsthaft des Themas annehmen. Der mediale und zivilgesellschaftliche Druck über die Initiative *Holt unser Gold heim!* verschaffte dem Problemfeld breite Öffentlichkeit. Politische Intervention, parlamentarische Arbeit, das Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie die Kritik des Bundesrechnungshofes sorgten schließlich dafür, dass die Bundesbank begonnen hat, ihre Goldreserven aus Paris abzuziehen und jene in London und New York nennenswert zu verringern.

Autor: Der Rechnungshof schaltete sich allerdings auch in die österreichische Debatte ein.

Gerhard Deimek: Das ist richtig. Bisher ist die angekündigte Prüfung durch den Rechnungshof allerdings in der Phase der Ankündigung geblieben. Zeitgleich treibt die Intransparenz weiter ihre Blüten. Ein Gesuch von mir, die in Österreich gelagerten Goldbestände besichtigen zu dürfen, wurde von der Nationalbank verwehrt. Der jüngst publik gewordene Skandal rund um Blutgold und die Münze Österreich zeigen, dass es dringend geboten wäre, hier genauer auszuleuchten.

Autor: Mit welchen möglichen Gefahren rechnen Sie aktuell für unsere Goldreserven?

Gerhard Deimek: Die größten Gefahren für unsere Goldreserven sind der Brüsseler Bann, in dem sich unsere Bundesregierung befindet und der Frankfurter Bann, dem Gouverneur Nowotny und das Direktorium unserer Währungshüterin zu unterliegen scheinen. Wo blieb der Aufschrei, als Angela Merkel erklärte, dass es im Zusammenhang mit der Eurorettung keine Denkverbote geben dürfe? Nicht einmal als ins Spiel gebracht wurde, mit dem Gold der Nationalstaaten überbordende Schulden zu besichern, hörte ich einen Aufschrei der Nationalbank oder der Regierung.

Autor: Wie konkret sind diese Vorhaben?

Gerhard Deimek: Leider zu real, um ignoriert werden zu können. Gertrude Tumpel-Gugerell steht einer Gruppe vor, die eine Machbarkeitsstudie über die Einrichtung eines gemeinsamen Schuldentilgungsfonds erstellen soll. In diesen sollen alle Schulden eingebracht werden, die jenseits der Maastricht-Konformitätsgrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Als Sanktionsmaßnahme wird unter anderem der Entzug der Goldbestände angedacht. Auftraggeber der Studie ist EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso – eine Anordnung von höchster Stelle. Die Rechte souveräner Staaten sollen offenbar ausgehebelt werden und die Bundesregierung schläft, in trauter Einsamkeit mit allen Oppositionsparteien - außer uns Freiheitlichen.

Autor: Damit scheint ihre Forderung nach einer Verhinderung von Zugriffen der Europäischen Union auf das Gold der Nationalbank politisch durchaus brisant zu sein?

Gerhard Deimek: Dazu muss man wissen, dass uns die Mitgliedschaft in der Eurozone schon einen Teil unseres Goldes gekostet hat, den wir leider abschreiben müssen. Zweiundzwanzig Tonnen wurden an die Europäische Zentralbank übertragen. Erhalten hat die OeNB im Gegenzug eine Forderung – in Euro. Gegenwärtig ist sogar unklar, ob unsere Devisen und Goldbestände noch völlig souverän verwaltet werden können. Möglicherweise besteht bereits ein Durchgriffsrecht auf die nationale Politik seitens der EZB. Eine Anfragebeantwortung Maria Fekters scheint diesen Schluss

jedenfalls zuzulassen. Mein Freund und Kollege im Europaparlament, Franz Obermayr, hat bereits darauf hingewiesen. Es könnte ein perfider Plan der Eurokraten sein, nationale Goldreserven einzuziehen, um jede Brücke, die aus der Währungsunion führen könnte, abzubrechen. Schließlich bräuchte eine neue Währung eine gewisse Golddeckung als Basis.

Autor: Was werden Sie gegen einen solchen Schritt unternehmen?

Gerhard Deimek: Wir wollen alle demokratischen Möglichkeiten ausschöpfen. Jetzt müssen wir einmal die endgültige Rechtslage erkunden. Die Bevölkerung muss jetzt umfassend über die aktuellen Geschehnisse in diesem Bereich aufgeklärt werden – darauf liegt unser Fokus. Gold ist nicht nur der altertümliche Rohstoff des Geldes. Wenn ich mir die heutige Situation ansehe, könnte Gold in der Zukunft der Rohstoff der Freiheit sein.

Autor: Sehr geehrter Herr Deimek, ich danke Ihnen für das Gespräch.

# Liste der Initiativen im österreichischen Parlament

## Anfragen betreffend

Währungs- und Goldreserven der Republik Österreich

Goldverkaufspraxis der OeNB

Goldforderungen an das Ausland

Gold als strategischer Rohstoff und Krisenwährung

Lagerung der Goldbestände der OeNB

Transfer österreichischen Goldes an die Europäische Zentralbank

Verschleierungspolitik rund um Österreichs Goldreserven

Die Goldpolitik der Oesterreichischen Nationalbank

Übertragung von Gold aus dem Eigentum der OeNB an die EZB

Goldbestände in der Bilanz der OeNB

Überprüfung der Goldbestände der Oesterreichischen Nationalbank

gefälschte Goldbarren im Besitz der OeNB

irreführende Anfragebeantwortungen zum Thema Gold

Maßnahmen gegen goldgedeckte Eurobonds

ausbleibende Goldkäufe durch die OeNB

wundersame Antworten zum Thema Gold

Gold als Schutz vor makroökonomischen Risiken

Gold als Risikostreuung im Portfolio der Oesterreichischen Nationalbank

Handelsvolumen von Gold

Auskünfte der OeNB zum Thema Gold gegenüber dem ORF

systematische Überprüfungen der Goldbarren der Oesterreichischen Nationalbank

Kosten einer physischen Bestandsaufnahme des Goldes der Oesterreichischen Nationalbank

Investmentbanken und Spekulanten als Eigentümer von Goldlagerstätten

Vertrauenswürdigkeit von Gouverneuren der OeNB

systematische Desinformationspolitik durch die OeNB

Rückführung des Goldes der OeNB aus London

Kosten für die Lagerung von Gold der Oesterreichischen Nationalbank im Ausland

skandalöse Informationspolitik der OeNB zum Thema Gold

Offenlegung der Goldleihegeschäfte der Oesterreichischen Nationalbank

Österreichs Gold an der COMEX und der LBMA

Finanzprodukte und das Gold der OeNB

Österreichs Gold bei der Bank for International Settlements

Besuch der Queen in den Lagerhallen der Bank of England

Erstellung eines Lagerkonzeptes für das Gold der OeNB

Transparenz und Goldlagerstätten der Bank of England

mögliche Gefahren für Österreichs Gold durch die EU-Politik Großbritanniens

merkwürdige Öffentlichkeitsarbeit der OeNB

Goldverkaufsstopp

mangelnde Aktualität des Lagerstellenkonzeptes des österreichischen Goldes

Goldverkäufe und das Goldabkommen

Risikobewertungen von Goldleihgeschäften der Nationalbank  
Blutgold, Kriegsverbrechen und die Münze Österreich

**Anträge betreffend:**

den Transfer sämtlicher Goldbestände der OeNB auf Hoheitsgebiet der Republik Österreich

den Stopp von Goldverkäufen durch die OeNB

die Goldpolitik der Österreichischen Nationalbank

Kontrolle der Goldreserven der Oesterreichischen Nationalbank

Maßnahmen gegen goldgedeckte Eurobonds

die Rückführung des Goldes der OeNB aus Risikostaaten

Auskunftspflicht über die Goldbestände der Oesterreichischen Nationalbank

Lagerung des österreichischen Goldes auf heimischem Territorium

goldener Schutzmechanismus für unsere Heimat

# Literaturverzeichnis

- Agenturen, s. u. (25. Februar 2005). *swissinfo.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von [http://www.swissinfo.ch/ger/archiv/Goldsegen\\_der\\_Nationalbank\\_schon\\_im\\_Mai.html?cid=4381348](http://www.swissinfo.ch/ger/archiv/Goldsegen_der_Nationalbank_schon_im_Mai.html?cid=4381348)
- Agenturmaterial, F. /. (23. Oktober 2012). *focus.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von [http://www.focus.de/finanzen/news/tid-27820/streit-um-bundes-goldreserven-warum-das-deutsche-gold-im-ausland-bleibt\\_aid\\_844552.html](http://www.focus.de/finanzen/news/tid-27820/streit-um-bundes-goldreserven-warum-das-deutsche-gold-im-ausland-bleibt_aid_844552.html)
- Ahamed, L. (2012). *Die Herren des Geldes*. München: FinanzBuch.
- APA. (31. August 2012). *diepresse.com*. Abgerufen am 3. Dezember 2013 von <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1284982/Osterreichs-Gold-lagert-in-London-Basel-und-Wien>
- APA/hahn/schuch. (23. November 2012). *format.at*. Abgerufen am 4. Dezember 2013 von <http://www.format.at/articles/1247/938/347044/das-gold>
- Beattie, A. (2010). *ft.com*. Abgerufen am 7. Dezember 2013 von <http://www.ft.com/cms/s/0/eda8f512-eaae-11df-b28d-00144feab49a.html#axzz2mvGV05tU>
- Bloomberg/hahn. (2013). *format.at*. Abgerufen am 29. November 2013 von <http://www.format.at/articles/1310/938/353929/china-explodierende-devisenreserven-hunger-gold>
- Bloomberg/schuch. (12. Februar 2013). *format.at*. Abgerufen am 30. November 2013 von <http://www.format.at/articles/1307/938/352405/russland-goldtausch-putin-us-bedrohung>
- Brawand, L. (1971). Der Brief gilt leider noch heute. *Der Spiegel*(19), 82.

- Bruppacher, B. (26. April 2013). *20min.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://www.20min.ch/finance/news/story/SNB-lueftet-Schleier-ueber-Schweizer-Goldschatz-21103626>
- Bundesbank, Deutsche. (16. Jänner 2013). *bundesbank.de*. Abgerufen am 30. November 2013 von [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Publicationen/2013\\_01\\_16\\_thiele\\_praesentation\\_pressegesprach\\_gold.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Publicationen/2013_01_16_thiele_praesentation_pressegesprach_gold.pdf?__blob=publicationFile)
- Bundesbank, Deutsche. (23. Oktober 2013). *bundesbank.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2012/2012\\_10\\_23\\_stellungnahme\\_goldreserven.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2012/2012_10_23_stellungnahme_goldreserven.html)
- Bundestag, Deutscher. (19. November 2010). *peter-gauweiler.de*. Abgerufen am 5. Dezember 2013 von <http://www.peter-gauweiler.de/pdf/17-3807%20Schriftliche%20Frage.pdf>
- cla/dpa/Reuters. (2012). *spiegel.de*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitslosigkeit-jeder-zweite-jugendliche-in-griechenland-ohne-job-a-827189.html>
- cla/dpa/Reuters. (12. April 2012). *spiegel.de*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitslosigkeit-jeder-zweite-jugendliche-in-griechenland-ohne-job-a-827189.html>
- cr. (24. Jänner 2013). *foonds.com*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von <http://www.foonds.com/article/24007>
- Daniel Eckert, H. Z. (23. Oktober 2012). *welt.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von [http://www.welt.de/print/die\\_welt/finanzen/article110135461/Aufregung-ums-deutsche-Gold.html](http://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article110135461/Aufregung-ums-deutsche-Gold.html)

- Deimek, G. (20. Oktober 2009). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 7. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J\\_03302/imfname\\_169695.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_03302/imfname_169695.pdf)
- Deimek, G. (18. Dezember 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J\\_13385/imfname\\_280909.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_13385/imfname_280909.pdf)
- Deimek, G. (11. Juli 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 6. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J\\_12511/imfname\\_260330.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_12511/imfname_260330.pdf)
- Deutsche Bundesbank. (16. Jänner 2013). *bundesbank.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2013/2013\\_01\\_16\\_bundesbank\\_verlagert\\_teile\\_der\\_goldreserven.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2013/2013_01_16_bundesbank_verlagert_teile_der_goldreserven.html)
- Eckert, D. (2013). *welt.de*. Abgerufen am 30. November 2013 von <http://www.welt.de/finanzen/article113552878/Russland-und-China-kaufen-weltweit-Goldbestaende-auf.html>
- EurActiv/rtr/mka. (26. Juni 2012). *euractiv.de*. Abgerufen am 12. 12 2013 von <http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/efsf-hilfen-jetzt-auch-fr-zypern-und-spanien-006455>
- Eurostat. (2013). *statista.com*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>
- Fekter, M. (27.. August 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 7.. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_12295/imfname\\_268425.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_12295/imfname_268425.pdf)

Fekter, M. (27. Dezember 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_12751/imfname\\_283054.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_12751/imfname_283054.pdf)

Fekter, M. (12. Februar 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_10206/imfname\\_246757.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_10206/imfname_246757.pdf)

Fekter, M. (8. Juni 2012). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 9. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_11213/imfname\\_256522.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_11213/imfname_256522.pdf)

Fekter, M. (30. Jänner 2013). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J\\_13385/imfname\\_280909.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_13385/imfname_280909.pdf)

Freiheitlicher Parlamentsklub. (22. November 2012). *ots.at*. Abgerufen am 4. Dezember 2013 von [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20121122\\_OTS0152/hc-strache-freiheitliche-goldinitiative-zeigt-weitere-erfolge-nowotny-muss-gehen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121122_OTS0152/hc-strache-freiheitliche-goldinitiative-zeigt-weitere-erfolge-nowotny-muss-gehen)

Freiheitlicher Parlamentsklub. (7. November 2013). *ots.at*. Abgerufen am 5. Dezember 2013 von [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20131107\\_OTS0090/fpoe-deimek-blutgoldskandal-um-muenze-oesterreich](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20131107_OTS0090/fpoe-deimek-blutgoldskandal-um-muenze-oesterreich)

Freiheitlicher Parlamentsklub. (25. November 2013). *ots.at*. Abgerufen am 6. Dezember 2013 von [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20131125\\_OTS0070/fpoe-obermayr-und-deimek-gold-statt-schuldenunion](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20131125_OTS0070/fpoe-obermayr-und-deimek-gold-statt-schuldenunion)

- Gauweiler, P. (20. Mai 2012). *sueddeutsche.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-goldreserven-wo-ist-das-gold-der-deutschen-1.1360882>
- Gold, V. R. (kein Datum). *goldinitiative.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://goldinitiative.ch/initiative/wortlaut-der-initiative/index.html>
- Goldinitiative, I. (21. November 2013). *goldinitiative.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://www.goldinitiative.ch/aktuelles/medienmitteilungen/haltlose-argumentation.html>
- Hansmann, T. (28. Oktober 2013). *handelsblatt.com*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://www.handelsblatt.com/rohstoff-news-gold-russland-verringert-goldreserven/8994838.html>
- Hermes, A. K. (5. November 2013). *wirtschaftsblatt.at*. Abgerufen am 6. Dezember 2013 von <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa/1472457/RaubgoldSpur-fuehrt-auch-nach-Wien>
- IMF, W. G. (2013). *statista.com*. Abgerufen am 30. November 2013 von <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156673/umfrage/laender-mit-den-groessten-goldreserven/>
- it/Reuters/dpa. (22. Oktober 2012). *focus.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von [http://www.focus.de/finanzen/banken/fehlender-beweis-fuer-deutsche-goldreserven-im-ausland-deutsche-auslandsreserven-wurden-noch-nie-geprueft\\_aid\\_843765.html](http://www.focus.de/finanzen/banken/fehlender-beweis-fuer-deutsche-goldreserven-im-ausland-deutsche-auslandsreserven-wurden-noch-nie-geprueft_aid_843765.html)
- Jilch, N. (2012). *diepresse.com*. Abgerufen am 28. November 2013 von <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/728521/Venezuela-schliesst-Rueckholung-der-Goldreserven-ab>

- Jilch, N. (9. April 2012). *diepresse.com*. Abgerufen am 2. Dezember 2013 von <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/747501/Das-Geheimnis-um-Osterreichs-Gold>
- Joe Parkinson, E. P. (25. November 2012). *wsj.de*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von <http://www.wsj.de/article/SB10001424127887324352004578139373789424366.html?mg=reno64-wsjde>
- Junker, B. (22. November 2013). *wallstreet-online.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/6429968-aktuelle-iwf-daten-deutschland-reduziert-goldreserven-zweiten-monaten>
- Kaiser, S. (11. Juni 2012). *spiegel.de*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/geld-fuer-spanien-laesst-rettungsfonds-esm-und-efsf-schrumpfen-a-838233.html>
- Kurier. (26. September 2013). *kurier.at*. Abgerufen am 6. Dezember 2013 von <http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/schuldenabbau-in-eu-bericht-wird-bis-maerz-fertig/28.332.478>
- lei. (28. Oktober 2012). *spiegel.de*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/new-york-bundesbank-will-goldbarren-nachzaehlen-a-863840.html>
- Lewis, N. (2008). *Gold - Die Währung der Zukunft*. München: FinanzBuch.
- Marsh, D. (1992). *Die Bundesbank - Geschäfte mit der Macht*. München: C. Bertelsmann.
- nzz.ch*. (20. November 2013). Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/kein-goldenes-korsett-fuer-die-nationalbank-1.18189367>
- orf.at*. (7. November 2013). Abgerufen am 5. Dezember 2013 von <http://orf.at/stories/2205316/2205320/>

- otr/Reuters/dpa/dapd. (10. Juni 2012). *spiegel.de*. Abgerufen am 18. November 2013 von <http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundesbankpraesident-weidmann-mahnt-spanier-zu-reformen-a-838036.html>
- Parlamentsklub, F. (8. November 2013). *ots.at*. Abgerufen am 7. Dezember 2013 von [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20131108\\_OT0038/fpo-e-deimek-zu-blutgold-unabhaengige-kommission-muss-klaerung-bringen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20131108_OT0038/fpo-e-deimek-zu-blutgold-unabhaengige-kommission-muss-klaerung-bringen)
- Paul, G. (4. Oktober 2004). *parlament.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20045154](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20045154)
- Pröll, J. (18. Dezember 2009). *www.parlament.gv.at*. Abgerufen am 7. Dezember 2013 von [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_03365/imfname\\_176118.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_03365/imfname_176118.pdf)
- ps. (24. Oktober 2012). *focus.de*. Abgerufen am 30. November 2013 von [http://www.focus.de/finanzen/news/das-ganze-gold-muss-zurueck-bundesbank-soll-den-ganzen-goldschatz-heimholen\\_aid\\_845076.html](http://www.focus.de/finanzen/news/das-ganze-gold-muss-zurueck-bundesbank-soll-den-ganzen-goldschatz-heimholen_aid_845076.html)
- Reuters, s. (26. September 2013). *hurriyetdailynews.com*. Abgerufen am 8. Dezember 2013 von <http://www.hurriyetdailynews.com/turkey-tops-gold-buying-in-august.aspx?pageID=238&nID=55141&NewsCatID=344>
- Rickards, J. (2012). *Währungskrieg - Der Kampf um die monetäre Weltherrschaft*. München: FinanzBuch.
- Ron Paul, L. L. (kein Datum). *The Case for Gold*. USA: Important Books.

- Russia Today. (2013). Gold Gone? Germany baffled as Fed bars access to bullion.
- S. Scopetta, B. K. (31. August 2012). *news.at*. Abgerufen am 3. Dezember 2013 von <http://www.news.at/a/staatsgold-schlamperei-gold-340564>
- Sanchez, F. (18. August 2011). *welt.de*. Abgerufen am 29. November 2013 von <http://www.welt.de/wirtschaft/article13551418/Venezuela-will-Gold-aus-Europa-und-den-USA-abziehen.html>
- Schlürer, U. (22. Februar 2013). *schweizerzeit.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/News/Geldentwertung\\_Ohne\\_Alternative-957](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/News/Geldentwertung_Ohne_Alternative-957)
- schuch, A. /. (21. November 2012). *format.at*. Abgerufen am 3. Dezember 2013 von <http://www.format.at/articles/1247/938/346978/80-prozent-goldes-grossbritannien>
- Schuler, R. (6. März 2012). *bild.de*. Abgerufen am 28. November 2013 von <http://www.bild.de/geld/wirtschaft/edelmetalle-gold/bild-beimgold-schatz-der-deutschen-in-new-york-22990156.bild.html>
- Schwaiger, R. (5. April 2012). *profil.at*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://www.profil.at/articles/1214/560/324062/gold-oesterreichs-goldreserven>
- sos/Reuters/APA. (14. Jänner 2012). *derstandard.at*. Abgerufen am 7. Dezember 2013 von <http://derstandard.at/1326249203833/Rundumschlag-SP-stuft-neun-Eurolaender-herab>
- Stamm, L. (17. Oktober 2013). *goldinitiative.ch*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von <http://goldinitiative.ch/aktuelles/bulletins-goldstueck/der-souveraen-wurde-uebergangen.html>
- Stöferle, R. P. (2012). *Goldreport 2012*. Erste Group Research.

*unzengold.de*. (2013). Abgerufen am 16. November 2013 von  
<http://www.unzengold.de/goldstandard.html>

*unzensuriert.at*. (22. Juli 2012). Abgerufen am 3. Dezember 2013 von  
<http://www.unzensuriert.at/content/009404-Goldr-tsel-gel-ftet-Hat-Fekter-das-Parlament-belogen>

Urschitz, J. (April 2012). *diepresse.com*. Abgerufen am 3. Dezember 2013  
von  
<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/747498/Die-Goldreserven-sind-nicht-mehr-als-ein-Mythos>

yes/Reuters. (8. November 2010). *spiegel.de*. Abgerufen am 28. November  
2013 von  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/waehrungstreit-weltbank-chef-fordert-neuen-goldstandard-a-727789.html>

## **Danksagung von Gerhard Deimek**

An der Entstehung dieses Buches waren mehrere Freunde und Kollegen beteiligt, denen ich an dieser Stelle herzlich für ihre Mitwirkung danken möchte. Auch meinem parlamentarischen Mitarbeiter Wolfgang Schwetz möchte ich für seine Tatkraft danken. Politik lebt nicht von Ämtern, Titeln und Honoratioren, sondern von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Ich darf mich glücklich schätzen, in meiner bisherigen Laufbahn vielen begegnet zu sein.

Gold ist das wohl beständigste aller Zahlungsmittel. In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt dem Metall besondere Bedeutung zu. Die Goldbestände staatlicher Notenbanken werden in vielen Fällen wie ein Mysterium behandelt. Dieses Buch soll ausleuchten, welche Rolle Gold historisch gespielt hat und wie eng es auch in der heutigen Zeit mit der Freiheit des Bürgers und der Souveränität des Staates verknüpft ist.



**ISBN 978-3-200-03479-2**